


www.laender-analysen.de/ukraine

ZWEITE RUNDE DER PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN 2019 REAKTIONEN AUF PUTINS ERLASS ZUR ERLEICHTERTEN PASSVERGABE

■ DOKUMENTATION		Wie sich die Ukraine unter Präsident Selenskyj entwickeln könnte	14
Ergebnis der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen am 21. April 2019	2	Von Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	
■ ANALYSE		Der Spaßmacher als Präsident	16
Freie Wahlen mit Hindernissen – die ukrainischen Präsidentschaftswahlen 2019	4	Von Gerhard Simon (Köln)	
Von Stefanie Schiffer (Europäischer Austausch, Berlin)		■ DOKUMENTATION	
■ KOMMENTAR		OSCE International Election Observation Mission.	
Selenskyjs Dilemma	7	Ukraine—Presidential Election, Second Round, 21 April 2019	18
Von Steffen Halling (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)		Statement of the Civil Network OPORA on Provisional Observation Results at the Regular Presidential Election in Ukraine, 22 April 2019 (Ausschnitt)	19
Aus der Comedyserie auf den politischen Olymp – und nun?	9	■ DEKODER	
Von Tadeusz Iwański (Zentrum für Osteuropastudien – OSW, Warschau)		»Russland hat kein Monopol auf die russische Sprache!«	20
Der Sieg des Linkspopulismus – und der Einfluss der Oligarchen	10	Von Mustafa Najem (Kiew)	
Von Switlana Konontschuk (Ukrainian Center for Independent Political Research, Kiew)		■ DOKUMENTATION	
Die Ukraine als europäische Wohlstandsoase – Wasyl Holoborodkos Vision hat überzeugt	12	Nach dem Erlass zur erleichterten Verleihung der russischen Staatsangehörigkeit – Reaktion in den »Volksrepubliken«	22
Von Miriam Kosmehl (Bertelsmann Stiftung, Berlin)		■ CHRONIK	
		9. April – 12. Mai 2019	24

DOKUMENTATION

Ergebnis der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen am 21. April 2019

Tabelle 1: Amtliches Ergebnis der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine am 21. April 2019

Platz	Kandidat	Stimmen									
		in %	Gesamt	%	10	20	30	40	50	60	70
1	Wolodymyr Selenskyj	73,22	13.541.528								
2	Petro Poroschenko	24,45	4.522.450								

Quelle: Zentrale Wahlkommission der Ukraine, <https://www.cvk.gov.ua/pls/vp2019/wp313pt001f01=720.html>.

Eine interaktive Karte mit den amtlichen Endergebnissen aus allen Regionen und Wahllokalen der Ukraine findet sich auf <https://elections.dekoder.org/ukraine/de>.

Grafik 1: Wahlsieger in den Regionen der Ukraine, zweite Runde der Präsidentschaftswahlen 2019

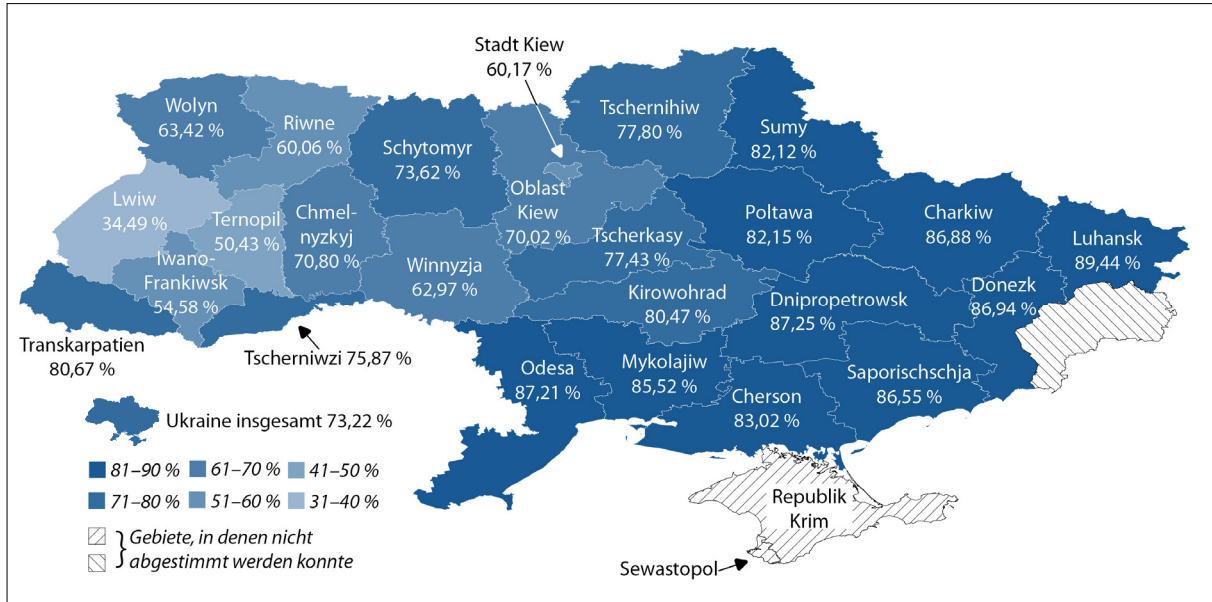


Quelle: Zentrale Wahlkommission der Ukraine, <https://www.cvk.gov.ua/pls/vp2019/wp313pt001f01=720.html>.

Die Karte wurde von der Forschungsstelle Osteuropa in QGIS erstellt, mit Geodaten von <https://data.humdata.org/dataset/ukraine-administrative-boundaries-as-of-q2-2017> und <https://nominatim.openstreetmap.org/>.

Eine interaktive Karte mit den amtlichen Endergebnissen aus allen Regionen und Wahllokalen der Ukraine findet sich auf <https://elections.dekoder.org/ukraine/de>.

Grafik 2: Ergebnisse für Wolodymyr Selenskyj nach Regionen, zweite Runde der Präsidentschaftswahlen 2019 (in Prozent)

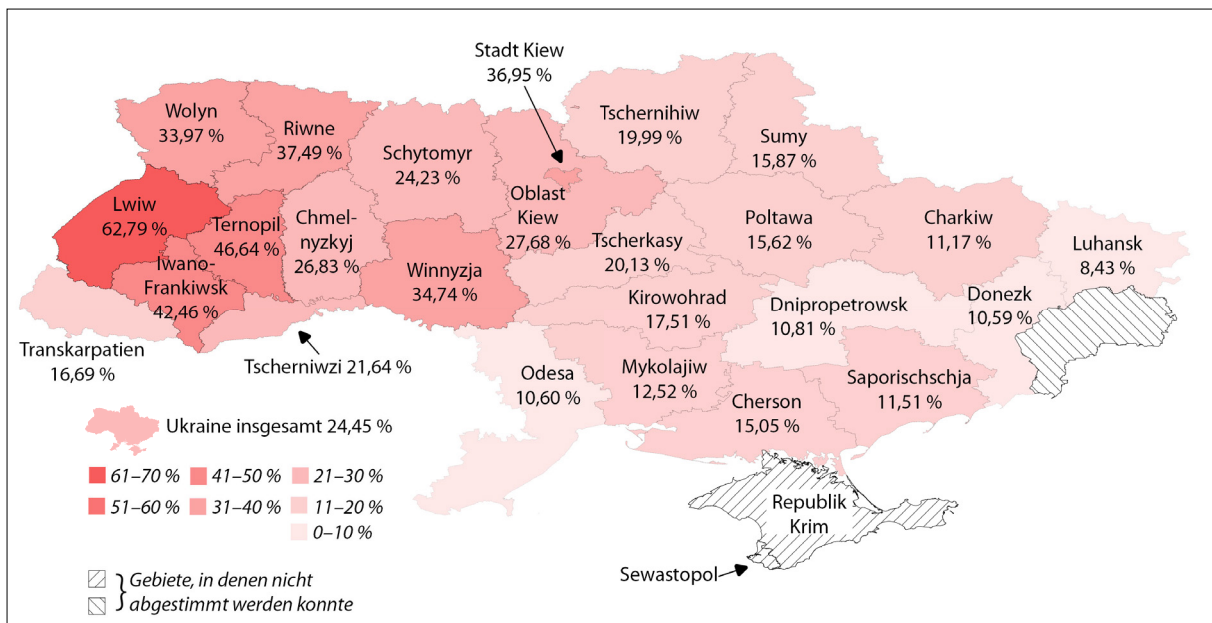


Quelle: Zentrale Wahlkommission der Ukraine, <https://www.cvk.gov.ua/pls/vp2019/wp313pt001f01=720.html>.

Die Karte wurde von der Forschungsstelle Osteuropa in QGIS erstellt, mit Geodaten von <https://data.humdata.org/dataset/ukraine-administrative-boundaries-as-of-q2-2017> und <https://nominatim.openstreetmap.org/>.

Eine interaktive Karte mit den amtlichen Endergebnissen aus allen Regionen und Wahllokalen der Ukraine findet sich auf <https://elections.dekoder.org/ukraine/de>.

Grafik 3: Ergebnisse für Petro Poroschenko nach Regionen, zweite Runde der Präsidentschaftswahlen 2019 (in Prozent)



Quelle: Zentrale Wahlkommission der Ukraine, <https://www.cvk.gov.ua/pls/vp2019/wp313pt001f01=720.html>.

Die Karte wurde von der Forschungsstelle Osteuropa in QGIS erstellt, mit Geodaten von <https://data.humdata.org/dataset/ukraine-administrative-boundaries-as-of-q2-2017> und <https://nominatim.openstreetmap.org/>.

Eine interaktive Karte mit den amtlichen Endergebnissen aus allen Regionen und Wahllokalen der Ukraine findet sich auf <https://elections.dekoder.org/ukraine/de>.

Freie Wahlen mit Hindernissen – die ukrainischen Präsidentschaftswahlen 2019

Von Stefanie Schiffer (Europäischer Austausch, Berlin)

Zusammenfassung

Die ukrainischen Präsidentschaftswahlen 2019 haben wieder einmal – zum sechsten Mal in Folge – bewiesen, dass die ukrainische Demokratie gefestigt genug ist, um einen friedlichen Machtwechsel zu ermöglichen. Der scheidende Präsident Petro Poroschenko hat seine Niederlage akzeptiert und den Weg für seinen Nachfolger Wolodymyr Selenskyj frei gemacht. Dass solch ein friedlicher Machtwechsel, wie wir ihn in der Ukraine beobachtet haben, keine Selbstverständlichkeit ist, zeigt ein Blick auf die beiden großen postsowjetischen Nachbarstaaten, Belarus und die Russische Föderation, in denen es den Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka und Wladimir Putin seit 1994 bzw. seit 2000 gelingt, eine durch Wahlen legitimierte Machtübergabe zu verhindern. Was zeichnete die Präsidentschaftswahlen 2019 in der Ukraine aus? Wo lagen ihre Schwachpunkte und welche Herausforderungen und Aufgaben liegen vor der ukrainischen Gesellschaft und ihren internationalen Partnern bei der Verbesserung der Wahlprozesse für die noch in diesem Jahr anstehenden Parlamentswahlen? Diese Fragen beantwortet der vorliegende Beitrag.

Fairer Wahltag – schmutzige Kampagne

Der Verlauf sowohl des ersten als auch des zweiten Wahlgangs wurde von einheimischen wie von internationalen Beobachtern weitgehend positiv beurteilt. Die notierten Verstöße haben sowohl nach Einschätzung des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), das die Langzeitbeobachtung von Wahlen für die OSZE durchführt, als auch nach Einschätzung der einheimischen Wahlbeobachtungsorganisationen OPORA und KWU (Komitee der Wähler der Ukraine) insgesamt keinen Einfluss auf das Ergebnis gehabt (zur OSZE/ODIHR vgl. <https://www.osce.org/odihr/elections/ukraine/417821?download=true>).

Die von OPORA im ersten Wahlgang am häufigsten beobachtete Unregelmäßigkeit bestand in Versuchen von Wählern, ohne ausreichende Ausweisdokumente abzustimmen (14,5 Prozent der beobachteten Wahllokale) und in Verstößen gegen das Wahlgeheimnis – wenn Wählerinnen und Wähler ihren ausgefüllten Stimmzettel vorsätzlich anderen Personen zeigten (10,4 Prozent der beobachteten Wahllokale). (Vgl. <https://www.oporaua.org/en/statement/vybory/vybory-prezydenta/vybory-prezydenta-2019/17940-zaiava-gromadianskoyi-merezhi-opora-shchodopoperednikh-rezultativ-spостerezhennia-na-cherhovikh-viborakh-prezydenta-ukrayini>) Bei der Stichwahl waren beide Formen der Verstöße rückläufig (5,5 Prozent bzw. 5 Prozent). Das Fotografieren ausgefüllter Stimmzettel wurde von OPORA im ersten Wahlgang in 4,8 Prozent und bei der Stichwahl in 3,3 Prozent der Wahllokale beobachtet. Fotoaufnahmen von Stimmzetteln sind verboten. Sie sind ein Indiz für illegalen Stimmenkauf, wobei das Foto des Stimmzettels der Beweis für die »erbrachte Leistung« ist. Die Abstimmung bei der Stich-

wahl wurde vom ODIHR in 99 Prozent der beobachteten Wahllokale als gut eingestuft, was mit den Beobachtungen von OPORA übereinstimmt.

Die offiziellen Wahlergebnisse des ersten und zweiten Wahlgangs wurden durch eine parallele Stimmauszählung, die OPORA mit ca. 1.300 Wahlbeobachtern durchführte, bestätigt (vgl. <https://www.oporaua.org/en/news/vybory/vybory-prezydenta/vybory-prezydenta-2019/17518-tsvk-pidvela-pidsumki-golosuvannia-vonispivpali-z-ppg-opori> und <https://www.oporaua.org/en/news/vybory/vybory-prezydenta/vybory-prezydenta-2019/17941-rezultati-paralelnogo-pidrakhunkugolosiv-opori-u-drugomu-turi-viboriv>). Auch statistische Analysen des offiziellen Wahlergebnisses durch die russische »Bewegung zum Schutz der Wählerrechte ›Golos« – Golos ist Gründungsmitglied der Europäischen Plattform für Demokratische Wahlen (EPDE), musste seine Mitgliedschaft nach der Listung der EPDE als »unerwünschte Organisation« durch die russische Generalstaatsanwaltschaft im März 2018 aber vorübergehend aussetzen – bestätigen dessen Korrektheit. Zwar weisen die Ergebnisse des ersten Wahlgangs in der Oblast Donezk Unregelmäßigkeiten zugunsten von Petro Poroschenko auf, Roman Udovychuk von Golos kommt aber zu dem Schluss, dass dies keinen Einfluss auf das Endergebnis gehabt habe (vgl. <https://www.facebook.com/notes/roman-udovychuk/2260172114005238/>). Auch der Einsatz des Kandidaten Jurij Tymoschenko, der 0,6 Prozent der Stimmen erhielt, die sehr wahrscheinlich sonst Julija Tymoschenko zugutegekommen wären, habe auf das Erringen des zweiten und dritten Platzes im ersten Wahlgang keinen Einfluss gehabt.

In deutlichem Kontrast zu der weitgehend hohen Qualität beider Wahlgänge stehen allerdings die erheb-

liche Zahl von Gesetzesverstößen und die manipulative Ausnutzung von Gesetzeslücken während des Wahlkampfes. Die Hauptprobleme waren eine undurchsichtige Kampagnenfinanzierung, der ungleiche Zugang zu den Medien und der Einsatz von »administrativen Ressourcen«.

Schwarze Kassen im Wahlkampf

Es gibt in der Ukraine keine gesetzliche Obergrenze für die Wahlkampffinanzierung, aber es besteht die Auflage, dass die Wahlteams alle Mittel über ein eigens einzurichtendes Konto verwalten müssen. Außerdem muss bei allen Erzeugnissen und Aktivitäten der Kampagnen auf die Finanzierungsquelle hingewiesen werden. Die einheimische Wahlbeobachtung durch OPORA und das KWU hat zahlreiche Fälle registriert, in denen diese Auflagen nicht eingehalten wurden (vgl. <https://www.oporaua.org/en/statement/vybory/vybory-prezydenta/vybory-prezydenta-2019/17940-zaiava-gromadianskoyi-merezh-i-oporashchodo-poperednikh-rezultativ-sposterezheniia-na-chergovikh-viborakh-prezydenta-ukrayini>). In vielen regionalen Medien und in Onlinemedien wurde »schwarze PR« betrieben – diffamierende Informationen über bestimmte Kandidaten wurden anonym veröffentlicht. Man muss daher davon ausgehen, dass die im Wahlkampf tatsächlich eingesetzten Finanzmittel die offiziell angegebenen Kosten erheblich überstiegen haben. Das ODIHR weist darauf hin, dass auch vor dem zweiten Wahlgang beide Kandidaten über Mittel verfügt hätten, die nicht aus den offiziellen Wahlkampfmitteln, sondern aus öffentlichen (im Falle von Poroschenko) oder unbekannten (im Falle von Selenskyj) dritten Quellen stammen würden. Die tatsächlichen Kosten des Wahlkampfes in der Ukraine sind aufgrund dieser Verschleierungen kaum zu ermitteln. Ukrainische Journalisten haben allerdings recherchiert, dass Präsident Poroschenko allein ca. 6,5 Millionen US-Dollar für TV-Werbung ausgegeben habe, gefolgt von Julija Tymoschenko mit 4,7 Millionen US-Dollar (vgl. <http://euromaidanpress.com/2019/03/28/ukraines-heated-presidential-campaign-most-expensive-ever/>). Eine zusätzliche Verzerrung ergibt sich dadurch, dass einzelne Kandidaten bereits Monate vor dem offiziellen Wahlkampfbeginn mit ihrer Wahlkampagne begannen. Die vorgezogene Wahlkampagne ist ein häufig beobachteter Regelverstoß. So hört man aus den ukrainischen Regionen derzeit, dass die Direktkandidaten dort bereits im April 2019 den inoffiziellen Wahlkampf für die – noch gar nicht amtlich erklärten – Parlamentswahlen im Herbst 2019 begonnen haben. Das ODIHR weist in seinem Bericht darauf hin, dass eine effektive Kontrolle des Einsatzes von Finanzmitteln im Wahl-

kampf durch die unklare Aufgabenverteilung zwischen der Zentralen Wahlkommission und der 2015 eingerichteten Nationalen Agentur zur Verhinderung von Korruption beeinträchtigt wird (vgl. <https://www.osce.org/odihr/elections/ukraine/415733?download=true>) – ein Manko, auf das bereits die Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) des Europarats hingewiesen hat.

Um künftige Wahlen fairer und transparenter zu gestalten, ist eine gesetzliche Deckelung des zulässigen Budgets für Wahlkampffinanzierung denkbar – nicht weniger wichtig sind eine gute Koordination bei der Kontrolle der Mittelverwendung und wirksame Sanktionen für Verstöße gegen die gesetzlichen Regelungen. Wenn es der ukrainischen Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft nicht gelingt, wirksame Mittel gegen die intransparente Wahlkampffinanzierung zu entwickeln, werden sich die oligarchischen Machtstrukturen in der ukrainischen Politik auf Dauer nicht aufbrechen lassen.

Schauspieler gegen Fernsehholigarch

Einer der Winkelzüge dieses Wahlkampfes war der manipulative Umgang der Kandidaten mit den elektronischen Medien. Aufgrund der Schwäche der Printmedien im Land ist die Präsenz der Kandidaten im Fernsehen und den sozialen Medien von entscheidender Bedeutung für den Erfolg bei den Wahlen. Wolodymyr Selenskyj hatte mit seiner landesweit bekannten TV-Serie »Diener des Volkes«, in der er den ehrlichen Lehrer Holoborodko darstellt, der überraschend Präsident der Ukraine wird, ein wirksames Instrument, um quasi aus dem Stand den im Kampf gegen die Korruption auffallend erfolglosen Amtsinhaber Poroschenko herauszufordern. Ausgestrahlt wird »Diener des Volkes« auf dem Fernsehsender »1+1«, der dem Oligarchen und Kontrahenten Poroschenkos, Ihor Kolomojskyj, gehört. Petro Poroschenko, der sich nach seiner Wahl 2014 geweigert hatte, seinen eigenen Fernsehsender »Kanal 5« zu verkaufen, und der die Entwicklung eines unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks – zuletzt mit der Entlassung des unbotsamen, aber integren Vorsitzenden Surab Alasanija – immer wieder hintertrieben hat, ist somit gewissermaßen selbst zum Opfer der immer noch zu 80 Prozent privatwirtschaftlichen und oligarchisch dominierten Medienlandschaft geworden. Als »Diener des Volkes« bzw. Präsident Holoborodko aus der Fernsehserie, hatte Wolodymyr Selenskyj über den Sender seines Freundes Ihor Kolomojskyj praktisch uneingeschränkter Zugang zu seinen potenziellen Wählern. Dass am »Tag der Stille«, dem Samstag vor dem ersten Wahlgang, auf diesem Kanal mehrere Episoden von »Diener des Volkes« ausgestrahlt wurden, ist ein offensichtliches Beispiel für die Skrupellosigkeit, mit der bei dieser Wahl die ukrainischen Wahlgesetze

durch die Kandidaten zu ihren Gunsten ausgelegt wurden. Ebenfalls manipulativen Charakter hatte die öffentlichkeitswirksam ausgetragene »Debatte um die Debatte« in den Tagen zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang. Gesetzlich vorgesehen ist eine mindestens einstündige Fernsehdebatte zwischen den beiden nach dem ersten Wahlgang Erstplatzierten. Nachdem der Kandidat Selenskyj wochenlang sowohl Interviews als auch die Teilnahme an Fernsehdebatten ausgeschlagen hatte, fand schließlich am Freitag vor dem »Tag der Stille« im Kiewer Olympiastadion ein einstündiges Gespräch zwischen ihm und Poroschenko statt, das vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen übertragen wurde. Es muss kritisch angemerkt werden, dass sowohl der maximal späte Zeitpunkt als auch das weitgehend unmoderierte Format dieser Veranstaltung weniger das berechnete Interesse der Wähler an Informationen über die Programme der Kandidaten berücksichtigte als das Interesse der Konkurrenten an einer Selbstdarstellung.

Das Medienmonitoring des ODIHR ergab, dass sowohl der öffentlich-rechtliche Rundfunk als auch die Sender »ICTV«, »Inter« und »112 Ukraina« quantitativ und qualitativ ausgewogen über beide Kandidaten berichtet haben (vgl. <https://www.osce.org/odihr/elections/ukraine/415733?download=true>, S. 13–14). »Kanal 5« und »Ukraina« haben zwar quantitativ ausgewogen, aber überwiegend positiv über Petro Poroschenko berichtet, wohingegen »1+1« überwiegend positiv über Wolodymyr Zelenskyj berichtet hat. Eine ungute Rolle spielten in diesem Wahlkampf pseudosozologische Umfragen, die vor allem auch in den sozialen Medien extrem widersprüchliche Umfragewerte zugunsten des einen oder anderen Kandidaten verbreiteten. Da diese »Umfragen« häufig ohne Angabe der Auftraggeber und der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestinformationen (Anzahl der Befragten, Methode, Ort und Zeitraum der Befragung) veröffentlicht wurden, muss man sie als unseriös und politisch motiviert einordnen. Es ist nicht auszuschließen, dass sie die Meinungsbildung der Wählerinnen und Wähler beeinflusst haben.

Ein Monitoring der einflussreichen sozialen Medien wurde von einem vom Europarat unterstützten Konsortium, dem unter anderem die »Kommission für journalistische Ethik« und das Portal »Stop fake« angehören, durchgeführt (vgl. <http://www.cje.org.ua/ua/news/pershi-rezultaty-monitoryngu-pokazaly-obshyrne-alechasto-uperedzhene-vysvitleniya>). Dabei kam heraus, dass einige propagandistische Narrative aus der Russischen Föderation in Onlinemedien der ukrainischen Medienlandschaft übernommen wurden. Das insbesondere betraf Versuche, die ukrainisch-orthodoxe Kirche zu diskreditieren oder die Besetzung der Krim und von Teilen des Donbas zu rechtfertigen. Einige der unter-

suchten Onlinemedien bezogen sich nur auf russische Quellen, ohne die ukrainische Position wiederzugeben. Entgegen weitverbreiteten Befürchtungen sind aber während des gesamten Wahlkampfes keine massiven Fälle russischer Einflussnahme zugunsten des einen oder anderen Kandidaten verzeichnet worden. Politische Programme wurden in den sozialen Medien fast nicht behandelt, eher wurden kurze Thesen und Kommentare zu den skandalträchtigen Themen wie »Debatte ja oder nein« oder zum öffentlichen Bluttest der Kandidaten gepostet. Um den Zugang der Wählerinnen und Wähler zu ausgewogenen wahlrelevanten Informationen zu verbessern, empfiehlt es sich, das begonnene Projekt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks weiterzuentwickeln und die Kontrolle und, wo nötig, auch Sanktionierung der Privatsender bei Verstößen gegen die Medien- und Wahlgesetze zu verstärken. Angesichts der Verbreitung und Bedeutung der Social Media sollten einheimische wie internationale Wahlbeobachtungsorganisationen weiter darin unterstützt werden, effektive Methoden für ein Social Media-Monitoring im Wahlkampf zu entwickeln. Unparteiische Wählerinformationen könnten ein wirksames Gegengift gegen die tendenziösen Berichte im Internet und Privatfernsehen darstellen.

Administrative Ressourcen

Als Nutzung von »administrativen Ressourcen« gelten der Zugriff auf die Arbeitskraft von Staatsangestellten und der Einsatz von staatlichen Finanzmitteln durch Amtsinhaber in ihrem Wahlkampf. In der Praxis kann man auch in etablierten Demokratien zwischen den Auftritten eines Kandidaten im Wahlkampf und den Auftritten in Ausübung eines politischen Amtes oft nur schwer unterscheiden. Bei den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine wurde der Bonus des Amtsinhabers und der Zugriff auf staatliche Ressourcen durch den Kandidaten Petro Poroschenko allerdings besonders großzügig und systematisch genutzt. So wurden laut Berichten von OPORA Staatsangestellte dazu angehalten, Meinungsumfragen im Auftrag des Kandidaten Poroschenko durchzuführen, gegen Entgelt in seinem Wahlkampfteam mitzuarbeiten und Trainings sowie Wahlkampfveranstaltungen in öffentlichen Gebäuden durchzuführen (vgl. <https://www.epde.org/en/news/details/first-report-on-oporas-observation-results-of-the-presidential-election-campaign-in-ukraine.html>). Außerdem wurden während des Wahlkampfes zusätzliche staatliche Sozialleistungen ausgeschüttet, was gegen das auch international vereinbarte Gebot, staatliches und parteipolitisches Handeln zu trennen, verstößt (vgl. <https://gradjaninastrazi.rs/wp-content/uploads/2018/11/Venice-Commission-Code-of-Good-Electoral-Practice.pdf>). Davon abgesehen haben sich

viele Gouverneure und Bürgermeister während des Wahlkampfs öffentlich für den Präsidenten Poroschenko ausgesprochen und auf der regionalen Ebene Ressourcen für seine Wiederwahl eingesetzt, womit sie nach Einschätzung der Wahlbeobachter gegen das »Gesetz über die Wahl des Präsidenten der Ukraine« (§ 58 und §3) verstoßen haben.

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Bis zu den für Oktober angesetzten Parlamentswahlen bleibt nun einige Zeit, um die von internationalen und einheimischen Wahlbeobachtern formulierten Empfehlungen zur Verbesserung des Wahlprozesses umzusetzen. Eine effiziente Kontrolle der Wahlkampffinanzierung und der gleichberechtigte Zugang der Kandidaten zu elektronischen Medien stehen dabei unbedingt an erster Stelle. Auch die Verabschiedung des Gesetzentwurfs 8270 (http://w1.c1.rada.gov.ua/pls/zweb2/webproc4_1?pf3511=63864), der die strafrechtliche Verfolgung von Verletzungen der Wahlgesetze regelt, würde der Verbesserung der Wahlprozesse zugutekommen (siehe dazu auch die Ukraine-Analysen Nr. 204 vom 6.7.2018, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

[pdf/UkraineAnalysen204.pdf](#)). Das Wahlrecht für Binnenflüchtlinge ist auch fünf Jahre nach der Annexion der Krim und von Teilen des Donbas noch nicht zufriedenstellend geregelt. Ebenso besteht Handlungsbedarf für die Wählerinnen und Wähler, die am Tag der Wahl nicht an ihrem Wohnort wählen können. Die Verabschiedung einer Wahlrechtsreform, die für die Parlamentswahl ein reines Verhältniswahlrecht mit offenen Listen vorsieht, war 2014 eine der zentralen Forderungen des Euromaidan, die aber weder in der Werchowyna Rada noch bei Präsident Poroschenko ausreichend Unterstützung fand. Wahlexperten versprechen sich von der Abschaffung der Mehrheitswahlkreise eine Eindämmung von Stimmenkauf und des Missbrauchs administrativer Ressourcen in den Regionen – und dadurch auf gesetzlicher Ebene einen weiteren Schritt zu fairen Wahlen. Auch wenn das Wahlgesetz in den nächsten Monaten nicht geändert werden sollte und die Parlamentswahlen wieder nach dem alten – gemischten – Wahlsystem ablaufen sollten, haben Zivilgesellschaft, Parlament und Zentrale Wahlkommission in den nächsten Monaten ausreichend zu tun, um allein die vorliegenden Empfehlungen in die Tat umzusetzen.

Über die Autorin:

Stefanie Schiffer ist Geschäftsführerin der Europäischen Austausch gGmbH in Berlin und Vorstandsmitglied der Europäischen Plattform für Demokratische Wahlen (www.epde.org), eines Zusammenschlusses von vierzehn europäischen NGOs und Stiftungen, die zivilgesellschaftliche Wahlbeobachtung in Europa durchführen oder fördern. Die EPDE wurde 2012 mit dem Ziel gegründet, zivilgesellschaftliche Wahlbeobachtung, vor allem in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und der Russischen Föderation, sichtbar zu machen und in ihrer Professionalität zu stärken. Die EPDE arbeitet in der Ukraine mit ihren beiden Mitgliedsorganisationen OPORA und Komitee der Wähler der Ukraine (KWU) zusammen.

KOMMENTAR

Selenskyjs Dilemma

Von Steffen Halling (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Einleitung

Noch nie hat ein Kandidat in einer ukrainischen Präsidentschaftsstichwahl einen so deutlichen Sieg eingefahren wie der Politiknovize Wolodymyr Selenskyj. Durch breite Unterstützung in nahezu allen Landesteilen der Ukraine ist es ihm gelungen, mit mehr als 73 Prozent der abgegebenen Stimmen ins höchste Amt des ukrainischen Staates gewählt zu werden. Lediglich in der westukrainischen Oblast Lwiw wählte eine

Mehrheit den bisherigen Amtsinhaber Petro Poroschenko, der 2014 noch im ersten Wahlgang zum Präsidenten gewählt wurde. Seine Parole »Armee, Sprache, Glaube« sicherte ihm nun zwar den knappen Einzug in die Stichwahl. Dies erwies sich für Poroschenko aber als Pyrrhussieg, weil ein voll und ganz auf Patriotismus setzender Wahlkampf den Nerv der Zeit verfehlte, und zwar nicht nur in den östlichen und südlichen Regionen der Ukraine.

Hoffnungsträger mit Außenseiterbonus

Dass Selenskyj die Stichwahl am 21. April derart klar für sich entschieden hat, lässt sich damit erklären, dass die Mehrheit der ukrainischen Wählerinnen und Wähler augenscheinlich zutiefst unzufrieden mit der Arbeit Poroschenkos gewesen ist. Vor allem ihm wird angelastet, dass sich die Lebensverhältnisse in der Ukraine entgegen allen Versprechungen in den vergangenen Jahren nicht verbessert haben. Reformfortschritte sind gleichzeitig zu selten im ukrainischen Alltag angekommen und wurden zu oft auch durch Korruptionsaffären im engsten Umfeld des Präsidenten konterkariert. Das Phänomen Selenskyj jedoch auf eine Protestwahl zu reduzieren, bei der es den Ukrainerinnen und Ukrainern einzig darum gegangen sei, Poroschenko abzuwählen, scheint dennoch zu kurz gegriffen. Selenskyjs deutlicher Wahlerfolg spricht ebenso dafür, dass er für viele ukrainische Wählerinnen und Wähler auch ein Hoffnungsträger ist. Sein äußerst dünnes politisches Programm sowie seine politische Unerfahrenheit waren für Selenskyj dabei kein Makel. Im Gegenteil: Fehlende Erfahrung und eine leicht verständliche Sprache haben seinen Außenseiterbonus gestärkt und sein Image, jemand Einfaches »aus dem Volk« zu sein, befördert. Somit ist es Selenskyj auch gelungen, unterschiedlichen Wählermilieus als Projektionsfläche für unterschiedliche Annahmen und Erwartungen zu dienen.

Das künftige Verhältnis zwischen Präsident und Parlament ist entscheidend

Die Gefahr, dass Selenskyj die ihm gegenüber diffusen Erwartungen nicht erfüllen und früher oder später selbst Enttäuschung säen wird, ist allerdings groß. Dies gilt mit Blick auf sensible und potenziell konfliktträchtige Politikfelder, wie etwa die Geschichtspolitik, die Sprachenpolitik, die sicherheitspolitische Ausrichtung der Ukraine oder auch den Umgang mit Russland und den besetzten Gebieten im Donbas. Hier wird Selenskyj, sobald er sich politisch positionieren muss, zwangsläufig Teile seiner jetzigen Wählerschaft verprellen. Die noch größere Herausforderung für Selenskyj besteht

jedoch darin, dass er es auch bei Themen, die sehr breiten Rückhalt in der Bevölkerung finden, allen voran der Korruptionsbekämpfung, schwierig haben wird, die an ihn adressierten Heilsbringer-Erwartungen zu erfüllen. Trotz des historisch deutlichen Wahlergebnisses bleibt es am Ende nämlich unklar, wie viel beziehungsweise wie wenig Macht Selenskyj wirklich haben wird. Dies wird vor allem davon abhängen, wie sich das Verhältnis zwischen dem Präsidenten auf der einen und dem Parlament und der Regierung auf der anderen Seite in Zukunft ausgestalten wird. Und genau hier zeigt sich das Dilemma Selenskyjs: Es würde ihm zwar durchaus zupasskommen, das Parlament nach seiner Amtseinführung umgehend aufzulösen und bei vorgezogenen Neuwahlen den Schwung aus der Präsidentschaftswahl mitzunehmen, um eine möglichst starke propräsidentielle Parlamentsfraktion in der Werchowna Rada zu etablieren. Abgesehen davon, dass das Parlament seine Inauguration voraussichtlich so lange hinauszögern wird, bis eine vorzeitige Auflösung der Werchowna Rada ausgeschlossen ist, fehlt es Selenskyj bislang jedoch auch an einer entsprechend aufgestellten Partei, die einen grundlegenden Wandel mittragen könnte. Sollte es wider Erwarten dennoch zu vorgezogenen Neuwahlen kommen, so wäre dies zudem eine Garantie dafür, dass das zukünftige Parlament erneut nach dem herkömmlichen gemischten Wahlsystem gewählt würde und somit fest verankerter Dreh- und Angelpunkt der Einflussnahme konkurrierender und korrupter Elitengruppen bliebe. Alternativ wird Selenskyj versuchen müssen, (s)eine Partei für die reguläre Parlamentswahl im Oktober zu positionieren. Dies würde ihm nicht nur mehr Zeit beim Aufbau dieser politischen Kraft bringen, sondern auch seinen progressiven Mitstreitern zumindest die Möglichkeit offenhalten, weiterhin für eine Reform des Wahlsystems zu werben. Selenskyj müsste in der Zwischenzeit jedoch als schwacher Präsident mit jenen Elitengruppen kooperieren, von denen er sich zu distanzieren gelobte. Es ist gut möglich, dass dann im Herbst von seinem Frühjahrglanz nicht mehr allzu viel übrig bliebe.

Über den Autor:

Steffen Halling ist Doktorand an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Gastwissenschaftler in der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Er forscht zu Oligarchen in der Ukraine und ihren Legitimationsstrategien. Ein weiterer Artikel von Halling zu den Wahlen in der Ukraine findet sich unter https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2019A02_hln.pdf (Steffen Halling: Das ukrainische »Superwahljahr«. Der Schlüssel für innerstaatliche Reformen liegt in der Parlamentswahl, SWP-Aktuell, Nr. 2, Januar 2019).

Aus der Comedyserie auf den politischen Olymp – und nun?

Von Tadeusz Iwański (Zentrum für Osteuropastudien – OSW, Warschau)

Die von der Zentralen Wahlkommission veröffentlichten offiziellen Wahlergebnisse zeigen, dass Wolodymyr Selenskyj bei der Stichwahl der Präsidentschaftswahlen am 21. April fast drei Mal so viele Stimmen wie Petro Poroschenko erhielt. Mit 73 Prozent Unterstützung tritt Selenskyj sein Amt als sechster ukrainischer Präsident mit dem in der Geschichte der unabhängigen Ukraine bisher klarsten gesellschaftlichen Mandat an.

Der Grundstein zum Erfolg: Volk gegen Elite

Es kam zu diesem Erdrutschsieg, weil Selenskyj nicht als Teil der politischen Klasse wahrgenommen wird und weil er mit modernen Mitteln und gegen die bestehende Elite einen erfolgreichen Wahlkampf geführt hat. Selenskyj ist es gelungen, die Unterstützung von Wählern aus allen Altersgruppen und Regionen des Landes zu gewinnen, die eine starke Unzufriedenheit mit der Politik von Poroschenko (einem Berufspolitiker und Oligarchen) und dessen Partei teilen. Meinungsumfragen zufolge stimmten 40 Prozent der Wähler für Selenskyj, um ihrem Protest gegen die gegenwärtige politische Klasse Ausdruck zu verleihen. Er erhielt sowohl Unterstützung von Befürwortern entschlossenerer Reformen, die vom Stagnieren des staatlichen Modernisierungsprozesses enttäuscht sind, als auch von den für einen Wohlfahrtsstaat plädierenden relativ prorussischen Wählern, die von den Auswirkungen der post-Maidan-Transformation und von der antirussischen patriotischen Rhetorik der Regierung genug haben.

Die Spontaneität von Selenskyj stand im Gegensatz zur banalen Kampagne Poroschenkos, die aus strebhaften Reden, Versprechungen und Besuchen von Städten und Arbeitsstätten bestand. Davon abgesehen hat der Schauspieler einen ausgesprochen positiven Wahlkampf geführt: Bis dahin ohne konkretes Manifest rief er seine Anhänger dazu auf, sich am Schreiben eines solchen Manifests zu beteiligen – ein Schritt der die normale Logik von Wahlen auf den Kopf stellte und Selenskyjs Wählern das Gefühl der Ermächtigung gab. Selenskyj bot ihnen eine Art gemeinsames Handeln an, anstatt ihnen zu versprechen, in ihrem Namen zu agieren. Diese Vorgehensweise verbindet ihn mit seinen Wählern und erzeugt die Illusion einer Beziehung auf Augenhöhe, einer geringeren Distanz zwischen Menschen und Machthabern sowie die Illusion von Zusammenarbeit anstelle von Abhängigkeit. Auch wenn es nicht beabsichtigt gewesen sein sollte – das entspricht

sowohl den Forderungen des Maidan als auch der Stimmung vieler junger Menschen.

Ein Schaf unter Wölfen?

Es ist zu erwarten, dass Selenskyj ein schwaches Staatsoberhaupt sein wird, das es schwer haben wird, die unterschiedlichen Interessengruppen in seinem Umfeld zu kontrollieren, und dass sich die Ukraine unter seiner Führung in Richtung eines parlamentarischen Regierungssystems bewegen wird. Das unmittelbare Umfeld des neuen Präsidenten ist vielfältig. Man kann jedoch drei Hauptgruppen in seinem Umfeld unterscheiden: Freunde und Mitarbeiter aus dem Unternehmen Kwartal-95, die Leute des Oligarchen Ihor Kolomojskyj und Experten für einzelne Bereiche der Regierungsführung (Sicherheit, Außenpolitik, Bildung, Gesundheitsfürsorge usw.). Bisher hatten, so scheint es, die Menschen, mit denen Selenskyj schon lange zusammenarbeitet, und die mit Kolomojskyj verbundenen Berater den größten Einfluss auf Selenskyj. Kolomojskyj, mehrheitlicher Eigentümer des Fernsehsenders »1+1«, auf dem die Produktionen von Kwartal-95 ausgestrahlt werden, strebt als Gegenspieler von Präsident Poroschenko nach Rache. Vieles deutet darauf hin, dass Selenskyjs Verbindungen zu Kolomojskyj weit über Geschäftsbeziehungen hinausgehen. Berichten ukrainischer investigativer Journalisten zufolge hat Selenskyj Kolomojskyj innerhalb der letzten zwei Jahre dreizehn Mal in der Schweiz und in Israel besucht. Ein weiterer Oligarch, der versucht, Einfluss auf Selenskyj zu nehmen, ist Wiktor Pintschuk – Schwiegersohn des früheren Präsidenten Leonid Kutschma, Eigentümer von drei beliebten Fernsehsendern und Befürworter der Integration der Ukraine in die transatlantische Gemeinschaft. Erst die Berufungen in die Regierung werden jedoch zeigen, wie das Kräfteverhältnis im Umfeld des neuen Präsidenten wirklich beschaffen ist.

Was ist kurzfristig zu erwarten?

In den kommenden sechs Monaten wird sich Selenskyj darum bemühen, die Mobilisierung seiner Wählerschaft auf einem Höchststand zu halten und davon in den Parlamentswahlen im Oktober zu profitieren, um möglichst viele Abgeordnete seiner Partei »Diener des Volkes« ins Parlament zu holen. Ohne eine starke Repräsentation im Parlament und eine Beteiligung an der Regierungskoalition wird Selenskyjs Einfluss auf die politischen Prozesse im Land vor dem Hintergrund der verfassungsmäßigen Einschränkungen gering sein. Das

bedeutet, dass der neue Präsident versuchen wird, eine Politik der unumstrittenen Schritte zu betreiben. Der zu erwartende Konflikt mit dem Parlament wird als Entschuldigung für das Scheitern der Reformen dienen.

Im jetzigen Parlament wird es schwierig, allerdings nicht unmöglich sein, eine für die Verabschiedung wichtiger Gesetze erforderliche Mehrheit zu erreichen. Bisher ist die Gruppe von Abgeordneten, die bereit wäre, den neuen Präsidenten zu unterstützen, in der Werchowna Rada noch nicht groß genug. Es ist auch nicht zu erwarten, dass sich eine solche Gruppe innerhalb der kommenden Wochen herausbildet. Die politischen Parteien bereiten sich gerade auf die Parlamentswahlen vor und werden eine Initiative von einem Politiker, der nicht zu ihrem Kreis gehört, nicht unterstützen.

Es ist weiterhin möglich, dass der neue Präsident versuchen wird, das ukrainische Parlament aufzulösen und kurzfristig Wahlen anzusetzen. In der Ukraine gibt es verschiedene Auslegungen des Gesetzes, nach dem das Parlament aufgelöst werden kann. Für eine Auflösung des Parlaments wäre allerdings eine politische Einigung zwischen den Lagern des vorherigen und des neuen Präsidenten erforderlich. Im Grunde ist es möglich, dass

dieses Szenario eintritt, und es wäre politisch vorteilhaft für beide Kandidaten. Die Mobilisierung ihrer Wähler bliebe erhalten, und beide hätten die Chance, mit ihren Parteien ein gutes Ergebnis zu erzielen. Für andere parlamentarische und außerparlamentarische Kräfte wäre das Szenario allerdings unvorteilhaft. Jene Kräfte haben die Hoffnung, dass sich Poroschenkos Lager auflösen und dass Selenskyj bald diskreditiert sein wird. Eine solche Entwicklung würde zu einem Rückgang der Wählerunterstützung für beide Politiker und ihre Parteien führen.

Die verbleibenden sechs Monate vor der Parlamentswahl werden eine Zeit der populistischen Forderungen und der chaotischen politischen Aktivitäten aller wichtigen Akteure sein. Es wird die Zeit des aktiven Wahlkampfes vor der Parlamentswahl – die schließlich über das Kräfteverhältnis in der Ukraine und über den Einfluss des Präsidenten entscheiden wird. Vor der Parlamentswahl wird sich das Reformtempo insofern noch verringern, und es kann sein, dass einige der bereits umgesetzten Reformen revidiert werden.

Übersetzung aus dem Englischen: Katharina Hinz

Über den Autor:

Tadeusz Iwański ist Senior Research Fellow am Zentrum für Osteuropastudien – OSW (<https://www.osw.waw.pl/en>), einem in Warschau ansässigen staatlich finanzierten Thinktank. Iwańskis Fachgebiet ist Osteuropa mit besonderem Fokus auf die Ukraine. Weitere Artikel von Iwański zum Ausgang der ukrainischen Präsidentschaftswahlen finden sich unter <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2019-04-21/great-experiment-zelensky-new-president-ukraine> und unter <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2019-04-03/zelenskiy-anatomy-a-success>.

Der Sieg des Linkspopulismus – und der Einfluss der Oligarchen

Von Switlana Konontschuk (Ukrainian Center for Independent Political Research, Kiew)

Die ukrainischen Präsidentschaftswahlen 2019 betrachte ich als Wahlen in einer »neopatrimonialen Demokratie«, wie der ukrainische Politikwissenschaftler Oleksandr Fisun das politische Regime der Ukraine bezeichnet hat (siehe dazu auch die Ukraine-Analysen Nr. 169 vom 25.5.2016, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen169.pdf>). Genau wie in den vorangegangenen Jahren werden die Prinzipien der repräsentativen Demokratie in den nächsten fünf Jahren von Oligarchen auf die Probe gestellt werden. Die »Revolution der Würde«, der Euromaidan, hat bedauerlicherweise den Einfluss der Oligarchen auf die Politik nicht zurückgedrängt, sodass sie weiter Auftraggeber und Profiteure der ukrainischen Politik sind, ohne sich demokratischen Kontroll- und Rechenschaftsverfahren zu unterziehen.

Das Wahlergebnis stellt einen Schritt auf dem Weg zur »Rückeroberung« der politischen Machtposition und des Zugangs zu wirtschaftlichen Vorteilen durch einen der wichtigsten Akteure in der ukrainischen Politik – Ihor Kolomojskyj – dar. Sein Geschäftspartner, der Medienmanager und Stand-up-Comedian Wolodymyr Selenskyj, erzielte als perfekter linkspopulistischer Kandidat einen überzeugenden Sieg im zweiten Wahlgang. Die Leitmotive seines Diskurses sind Gerechtigkeit und Gleichheit. Das Ziel ist ein »Land der Träume«. Das Mittel zum Erfolg ist sein persönlicher Einsatz für das Gemeinwohl.

Das »Highlight« des Wahlkampfes war die Tatsache, dass sich Selenskyjs Kampagne auf seine Darstellung eines Lehrers (und damit »einfachen Mannes« aus

dem Volk), der zum Staatsoberhaupt gewählt wird, in einer Fernsehserie stützte. Wolodymyr Selenskyj selbst nahm keine persönlichen Treffen mit Wählern wahr – insofern kann man sagen, dass die Wähler eher für die Fernsehfigur gestimmt haben und dass Selenskyjs eigene Kandidatur im Hintergrund stand.

Dieser Punkt ist sehr wichtig, wenn man die politische Perspektive von Wolodymyr Selenskyj im Einzelnen und der Demokratie in der Ukraine im Allgemeinen betrachtet.

Erstens werden selbst kontrollierte Medien den Unterschied zwischen dem Serienhelden und der Person Selenskyj nicht für lange Zeit verbergen können, da durch das Fehlen einer zivilgesellschaftlichen und politischen Vorgeschichte die Abhängigkeit seiner Entscheidungen von zwielichtigen Kreisen, die in seinen Sieg investiert haben, schnell deutlich werden wird. Dies dürfte Selenskyj zum Verhängnis werden.

Zweitens befindet sich die Ukraine in einer objektiv schwierigen wirtschaftlichen und in einer noch komplizierteren außenpolitischen Lage. Wenn der bisherige Präsident Petro Poroschenko mit seinem Wahlkampf zu Sicherheitsthemen und der Bedrohung von außen bei den Wählern nicht erfolgreich war, heißt das nicht, dass äußere Bedrohungen nicht vorhanden wären. (Das Wahlergebnis zeigt eher, dass die Wähler in Poroschenko nicht die Person sehen, die diesen Bedrohungen gewachsen wäre.) Buchstäblich am ersten Tag nach der Wahl erklärte Russland auf höchster politischer Ebene, die Bewohner der selbsternannten Republiken in der Ostukraine könnten russische Pässe erhalten, und kurz darauf, alle Ukrainer könnten einen russischen Pass beantragen.

Mit einer ähnlichen Strategie begannen im Jahr 2014 der »Krim-Frühling« und das Projekt »Neurussland« im Osten der Ukraine, als unter dem Vorwand, russische Bürger müssten geschützt werden, verschiedene finanzielle und militärische Maßnahmen zur Unterstützung separatistischer Bewegungen eingeleitet wurden. Vor dem Hintergrund der Eskalation der Beziehungen zum östlichen Nachbarn muss der neue Präsident der Ukraine sowohl seine Position zu Russland als auch seine Politik gegenüber den selbsternannten Republiken for-

mulieren. Es gibt in diesem Zusammenhang keine einfachen Entscheidungen und es gibt keine Lösung, die die beteiligten Gruppen – die ukrainische Gesellschaft, die selbsternannten Republiken und Russland – auch nur zur Hälfte zufriedenstellen würde. Deshalb besteht kein Zweifel, dass der beispiellos hohe Stimmenanteil Selenskyjs bei der Wahl (73 Prozent) schon bald von anderen politischen Akteuren abgeworben wird.

Wenn nichts Außergewöhnliches geschieht, wird die Ukraine im Oktober 2019 Parlamentswahlen abhalten. Es ist klar, dass Selenskyj im zweiten Wahlgang Protestwähler gegen Poroschenkos Politik und Protestwähler gegen das Establishment als solches weitgehend hinter sich versammeln konnte. Seine tatsächliche Unterstützung wurde im ersten Wahlgang deutlich und ist mit 30 Prozent nicht einmal halb so groß.

Auch wenn Selenskyjs politische Partei (die erst noch formiert und auf den Wahlkampf vorbereitet werden muss) bei derjenigen Hälfte der Parlamentssitze, die per Verhältniswahlrecht vergeben werden, ebenfalls 30 Prozent erreicht und selbst wenn für die andere Hälfte der Parlamentssitze, die in Einzelwahlkreisen vergeben werden, das »Team Kolomojskyj-Selenskyj« am Ende ebenfalls einen Teil der Abgeordneten stellt, ist es unwahrscheinlich, dass Selenskyj in der Lage sein wird, im Parlament eine stabile Mehrheit zu bilden, die seine politischen Initiativen effektiv unterstützt. Dies gilt insbesondere für Verfassungsänderungen in Bezug auf die Machtverteilung im politischen System, für die eine Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten erforderlich ist.

Da die übrigen politischen Akteure kein Interesse daran haben, dass der neue Präsident mit seiner Klientel die ukrainische Politik dominiert, ist ein intensiver politischer Machtkampf zu erwarten, der den oligarchischen Konsens – ein Gleichgewicht der Kräfte bzw. der verschiedenen Einflussgruppen – erhalten wird. Es ist deshalb unwahrscheinlich, dass der neue Präsident seine Macht in Politik und Gesellschaft konsolidieren kann. Stattdessen wird die Ukraine ein schnelles Ende des linkspopulistischen Märchens erleben.

Übersetzung aus dem Ukrainischen: Lina Pleines

Über die Autorin:

Dr. Switlana Konontschuk ist geschäftsführende Direktorin des Ukrainian Center for Independent Political Research (UCIPR) in Kiew. Ihre Themenschwerpunkte sind politische Parteien und das Wahlsystem in der Ukraine. Eine umfangreiche englischsprachige Analyse von Konontschuk zu diesen Themen ist online abrufbar unter https://www.academia.edu/31827531/On_the_Road_to_Better_Functioning_of_Political_Parties_in_Ukraine.

Die Ukraine als europäische Wohlstandsoase – Wasyl Holoborodkos Vision hat überzeugt

Von Miriam Kosmehl (Bertelsmann Stiftung, Berlin)

Deutlich mehr als zwei Drittel der Wähler trauen Wolodymyr Selenskyj zu, dass er die Ukraine – wie die Serienfigur Holoborodko in Selenskyjs TV-Produktion »Diener des Volkes« – auf dem Weg zu einem modernen Staat entscheidend voranbringt. Die Ukrainer wählten damit zum dritten Mal seit der Unabhängigkeit einen Amtsinhaber ab. Der kompetitive Wahlkampf sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wirklicher Pluralismus noch nicht existiert. Fünf Jahre nach der Zäsur des Euromaidan konnten die Ukrainer bei den Präsidentschaftswahlen kaum zwischen »alten« und »neuen« Politikern wählen. Dabei zeigen Umfragen schon lange, dass die Bürger der Ukraine neue Repräsentanten wollen. Letztere sind auf nationaler Ebene aber noch selten oder haben keine Macht. Reichweitenstarke TV-Kanäle von Oligarchen und ein Wahlrecht, das Millionensummen und Politik intransparent miteinander verflocht, versperren den Weg zu Bekanntheit und Ämtern.

Revolution an der Wahlurne

Selenskyj hatte, was Neupolitiker sonst kaum haben: Zugang zu den Medien. Über das Fernsehen erreichte er Wähler im ganzen Land. Und als erfolgreicher TV-Produzent mit eigenem Vermögen konnte er mit einer professionellen Kampagne auf YouTube und Instagram auch junge Leute zur Stimmabgabe motivieren. Er brach so aus dem Stand alte Abstimmungsmuster: mit Ausnahme von Lwiw gewann er in allen Regionen.

Das lag auch daran, dass der kurz »Se« genannte Politneuling sich gegen »unaufgeklärten« Patriotismus wandte. Damit hatten einige die weitere Konfrontationslinie »Sicherheit gegen Freiheit« (Angelina Karjakina, siehe <https://www.eurozine.com/security-over-liberty/>) eröffnet. Das Ziel: eigenes Fehlverhalten rechtfertigen. Das Narrativ: Die Regierung müsse von allen unterstützt werden, Kritik schwäche die Ukraine und spiele dem Kreml in die Hände. Letzteres stimmt leider, sollte aber kein Grund sein, Defizite zu verschweigen. Ukrainische Journalisten, die aus von Russland besetzten Gebieten berichteten und neben der russischen Aggression auch ukrainisches Fehlverhalten ansprachen, wurden als parteiisch oder gefährlich abgestempelt, kurz: als unpatriotisch. Diese Haltung gipfelte in Poroschenkos Wahlslogan »Armee, Sprache, Glaube«. Es ist das Verdienst der ukrainischen Bürger, dass sie diesem Betrug nicht aufgesessen sind.

Selenskyj hat es nicht geschadet, dass er die ukrainische Sprache und Kultur aufs Korn genommen hat. Das dürfte daran liegen, dass er auch sich selbst auf die Schippe nimmt: Als ein Politiker seinen Patriotismus in Frage stellte, drohte er damit, seine jüdische Mutter auf den Ankläger zu hetzen.

Hohe Erwartungen

Der Wunsch der großen Mehrheit ist euroatlantische Integration. Davon zeugt die Europafahne, die in der Ukraine häufig neben der Nationalflagge weht. Die EU gilt als Rettungsanker, mit dem Korruption und schlechter Regierungsführung begegnet werden soll. Diese beiden Probleme sehen die Ukrainer als größte Herausforderung neben dem Krieg.

Weder ein EU-Beitritt noch eine NATO-Mitgliedschaft sind in der kommenden Amtszeit realistisch. Das liegt auch an den Strukturen und am Zustand der EU. Die Unaufrichtigkeit mancher Politiker in der EU und der Ukraine belastet die Beziehungen, auch wenn Brüssel unterhalb der Beitrittsschwelle viel für die Ukraine tut. Reformen sind vor allem dort gelungen, wo die Interessen mächtiger Eliten nicht berührt wurden. Die Ausnahmen im Banken- und Energiesektor oder im Gesundheitsbereich zeigen aber, dass der Druck der ukrainischen Zivilgesellschaft und der internationalen Partner wirkt.

Das überzeugende Wahlergebnis ist ein schwieriges Mandat. Die Erwartungen der Wähler sind nicht nur hoch, sondern auch divers: Es gibt zum Beispiel große Unterschiede zwischen den Erwartungen der Wähler in Kiew und in ländlichen Gegenden oder auch zwischen den Erwartungen derjenigen, denen es wirtschaftlich gut geht, und denen, die kaum über die Runden kommen. Manche betonen, dass in der Ukraine zurzeit schwierigste Bedingungen herrschen und dass nachhaltige Reformen Zeit brauchen. Andere sind enttäuscht darüber, dass nach wie vor Partikularinteressen die Politik bestimmen, dass der wirtschaftliche Aufschwung ausbleibt, und darüber, dass Verantwortliche nicht für Fehlverhalten zur Rechenschaft gezogen werden.

Ausblick auf die Parlamentswahlen

Die erste Herausforderung für den neuen Präsidenten ist das Parlament. Das semipräsidentielle Regierungssystem der Ukraine erfordert in vielen Fällen sowohl die Zustimmung des Präsidenten als auch des Parlaments

oder des Premierministers. Beispielsweise ernennt der Präsident die Gouverneure, die für die Regierungsführung in den Regionen eine wichtige Rolle spielen, aber der Premierminister muss zustimmen.

Nachdem sich die Wahlkommission mit der Verkündung des amtlichen Endergebnisses am 30. April sehr lange Zeit gelassen hat, muss die Werchowna Rada nun innerhalb von 30 Tagen das Datum der Vereidigung Selenskyjs bestimmen. Danach kann dieser seine Vertreter in die Präsidentialadministration, den Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat, die Nationalbank und das Verfassungsgericht berufen und den Posten des Generalstabschefs besetzen. Den Verteidigungsminister, den Außenminister, den Chef des noch immer mächtigen Sicherheitsdienstes und den Generalstaatsanwalt kann er nominieren, aber diese Nominierungen erfordern die Bestätigung durch das Parlament.

Wenn die neue Rada gewählt ist, gilt es, eine Koalition zu bilden, die den Premierminister, der vom Präsidenten vorgeschlagen wird, mit einfacher Mehrheit bestätigt. Der aktuelle Premier Wolodymyr Hrojsman hat sich schon lange von Poroschenko distanziert. Wie andere einflussreiche Politiker wird er abwägen, ob er eine eigene Partei gründet oder sich auf andere Art und Weise vernetzt Einfluss verschafft.

Aktuelle Versuche, noch rasch Gesetze zu verabschieden, die die Kompetenzen des Präsidenten beschneiden, dürften für Selenskyj keine Gefahr darstellen. Denn immerhin ist das klare Wahlergebnis auch eine Botschaft an die Rada, deren Beliebtheit gering ist. Für Selenskyj ist es wichtig, sich bis zur Parlamentswahl respektabel zu halten und dann eigene Abgeordnete zu gewinnen, unabhängig davon, ob es bei der Parlamentswahl im Oktober bleibt oder ob die Wahl vorgezogen wird.

Gegenwärtig liegt Selenskyjs Partei, benannt nach seiner Serie »Diener des Volkes«, in Umfragen bei über 20 Prozent. Das entspricht etwa dem Wert, mit dem 2014 die Präsidentenpartei nach Verhältniswahlrecht (nach dem zurzeit die Hälfte der Abgeordneten gewählt wird) abschnitt. Zur stärksten Fraktion wurde die Partei nur, weil ihre Kandidaten in den Einzelwahlkreisen (über die zurzeit die zweite Hälfte der Abgeordneten per Mehrheitswahlrecht gewählt wird) überwiegend gewannen. Mit Geld und Einfluss Abgeordnete befördern – das kann nun auch Selenskyj. Das von Poroschenko 2014 versprochene neue Wahlrecht – ein reines Verhältniswahlrecht mit offenen Parteilisten, das den Wählern erlauben würde, gezielt Abgeordnete zu bestimmen – wurde nicht eingeführt. Reformpartner der Ukraine sollten hieraus lernen und den Neupräsidenten »Se« rechtzeitig vor der Parlamentswahl

2024 an eigene Versprechungen für ein neues Wahlrecht erinnern.

Der unberechenbare Präsident

Innenpolitisch wird »Se« am Kampf gegen die Korruption und am wirtschaftlichen Aufschwung gemessen werden. Das ist folgerichtig, denn an gesicherten Eigentumsrechten hängen Investitionen, ausländische wie inländische, die der Wirtschaft fehlen. Die Gretchenfrage ist, ob Selenskyj zuverlässig für das steht, was er verspricht: Transparenz, Fairness, Teilhabe an politischen Entscheidungen, das Aufbrechen von Monopolen sowie Rechtsstaatlichkeit und Justizreform. Seine Beziehungen zum berüchtigten Oligarchen Ihor Kolomojskyj lassen zumindest daran zweifeln, dass Selenskyj unabhängig ist. Den Aufbau seiner Partei jedenfalls hat er nicht demokratisch gestaltet, obwohl es für sein Team ein Leichtes gewesen wäre, 10.000 Unterschriften zu sammeln und so den in der Ukraine vorgegebenen Prozess der Parteigründung umzusetzen. Stattdessen bediente er sich einer alten Parteihülle (Partei des entscheidenden Wandels) und widmete diese um. Und was Selenskyjs Kommunikationsstrategie angeht, kann man festhalten: »Se« kommuniziert virtuell mit den Bürgern, die er über die sozialen Medien zum Mitmachen aufruft, bislang unverbindlich zu seinem eigenen Nutzen.

Im Kreml lacht keiner über Selenskyj

Für den Kreml ist Selenskyj, der in Russland als Schauspieler gut bekannt ist, eine Herausforderung. Russische Bürger verfolgen seine Auftritte in den sozialen Medien mit neidvollem Interesse. Noch am Wahlabend verkündete Selenskyj – für den Kreml ein Alptraum –: »Ich bin noch nicht Präsident, ich kann mich noch als Bürger an alle Länder der früheren UdSSR wenden und sagen: Alles ist möglich!«

Dass in der Ukraine ein Jude durch einen friedlichen Machtwechsel Präsident werden konnte, widerspricht dem Feindbild von der Faschistenhochburg und vom »failed state«. Und Putins Offensive, Ukrainern russische Pässe anzubieten, demaskierte Selenskyj als Einladung, sich in die russische Unfreiheit zu begeben.

Dass der Verteidigungsexperte Iwan Aparschyn nun zu Selenskyjs Team gehört, lässt auf die weitere Professionalisierung der ukrainischen Armee hoffen und auf mehr Transparenz im Verteidigungssektor, insbesondere im undurchsichtigen staatlichen Rüstungskonzern UkrOboronProm.

Ihre innenpolitischen Herausforderungen müssen die Ukrainer in erster Linie selbst bewältigen. Was den Krieg angeht, den Russland gegen die Ukraine führt, kann Europa mehr tun. Ein Anfang wäre damit

gemacht, die zentrale Rolle Russlands als Kriegspartei klar zu benennen. Es ist perfide, wenn Putins Sprecher die Legitimität der Wahl anzweifelt, weil drei Millio-

nen Ukrainer in von prorussischen Separatisten besetzten Gebieten nicht hätten abstimmen können.

Über die Autorin:

Miriam Kosmehl leitete von 2012 bis 2017 das Büro der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Kiew. Heute arbeitet sie als Senior Expert Osteuropa bei der Bertelsmann Stiftung.

Wie sich die Ukraine unter Präsident Selenskyj entwickeln könnte

Von Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Einleitung

Der nächste ukrainische Präsident, Wolodymyr Selenskyj, ist ein Newcomer und ein Populist. Beides macht Prognosen über seine zukünftige Rolle in der ukrainischen Politik schwierig. Bei einem Neuling lassen sich keine Schlüsse aus früheren Aktivitäten und Erfolgen ziehen. Bei einem Populisten, der sich vor allem auf den Interessenkonflikt zwischen »dem« Volk und korrupten Eliten bezieht, sind programmatische Aussagen oft zugespitzt. Bei Selenskyj kommt erschwerend hinzu, dass er sich inhaltlich kaum festgelegt hat. Die Parallelen reichen so von Präsident Trump in den USA, der als Amtsinhaber täglich improvisiert, über Präsident Macron in Frankreich, der mit einer Reformbewegung die politische Initiative ergriffen hat, bis hin zu den Präsidenten von Brasilien, Mexiko oder Polen, die die große Frustration über Korruption und Netzwerke in der Politik für ihre Wahlerfolge und ihre eigene politische Agenda genutzt haben.

Selenskyjs Schwächen

Die aktuellen Spekulationen über die Rolle Selenskyjs als Präsident der Ukraine beziehen sich vor allem auf drei Punkte: Verzicht auf inhaltliche Aussagen, Fehlen eines kompetenten Teams bzw. politischer Unterstützung sowie die Nähe zum Oligarchen Ihor Kolomojskyj.

Der Verzicht auf ein umfangreiches politisches Programm war eine bewusste Wahlkampfstrategie Selenskyjs. Für allgemeine Forderungen wie Kampf gegen die Korruption, Frieden in der Ostukraine und Wirtschaftswachstum konnte er nur Zustimmung erhalten. Gleichzeitig zeigte er seine populistische Grundhaltung, indem er mehrfach versprach, seine Politik gemeinsam mit der Bevölkerung zu entwickeln. Es gibt kein umfassendes politisches Programm Selenskyjs und wird wohl so schnell auch keins geben.

Davon abgesehen besitzt Selenskyj keine organisierte politische Unterstützung. Seine »Mannschaft«

beschränkt sich deshalb bisher auf sein Wahlkampfteam. Wie bereits der frühere ukrainische Präsident Wiktor Juschtschenko nach der Orangen Revolution erfahren musste, sind die politischen Gestaltungsmöglichkeiten ohne eine Mehrheit im Parlament sehr eingeschränkt. Selenskyj fehlen außerdem erfahrene Politiker, die Reformen kompetent gegen alte Seilschaften, träge Bürokratien und finanzstarke Lobbyisten durchsetzen können.

Hinzu kommt die Nähe zum Oligarchen Ihor Kolomojskyj, dem der Fernsehsender gehört, mit dessen Unterstützung Selenskyj zum Star wurde. Selenskyj betont seine Unabhängigkeit, doch Journalisten haben herausgefunden, dass er den Oligarchen regelmäßig in der Schweiz bzw. in Israel getroffen hat; außerdem gehören Mitarbeiter von Kolomojskyj zu Selenskyjs Team.

Oligarch ist dabei nicht gleich Oligarch. Alle ukrainischen Oligarchen nutzen ihren Einfluss, um von staatlicher Seite eine Vorzugsbehandlung zu bekommen. Die Süßwarenketten des alten Präsidenten Petro Poroschenko eröffnete so nach seinem Amtsantritt viele neue Filialen, und Poroschenkos Steuerzahlungen und Spenden zusammengekommen lagen deutlich unter 10 Prozent seines Einkommens. Kolomojskyj aber plündert den Staat systematisch aus. Als Minderheitsaktionär entzog er der staatlichen Ölfirma »Ukrnafta« massiv Kapital, und als sein Einfluss eingeschränkt werden sollte, begann er in den Räumen des Managements zu pöbeln. Eine internationale Wirtschaftsdetektei, die auch schon den Korruptionsskandal bei Siemens untersucht hat, stellte fest, dass aus Kolomojskyjs PrivatBank durch umfangreiche Scheingeschäfte insgesamt 5,5 Milliarden Dollar verschwunden sind, bevor sie verstaatlicht wurde.

Mögliche Szenarien

Je nach Perspektive ergeben sich aus diesen Bedingungen zwei mögliche Szenarien für die weitere Entwick-

lung der Ukraine unter Präsident Selenskyj: dynamische Reformen oder Chaos.

Die Optimisten, zu denen wohl viele von Selenskyjs Wählern gehören, glauben Selenskyj, dass er seine Ziele – weniger Korruption, Frieden und Wirtschaftswachstum – wirklich erreichen will. Sein eigener politischer Erfolg hängt ja auch davon ab. Ein erster Schritt wäre eine Parlamentsmehrheit für seine bisher vor allem auf dem Papier existierende Partei »Diener des Volkes« bei den Wahlen im Oktober. Ein Team ausgewählter Experten könnte dann in Schlüsselbereichen radikale Reformen vorantreiben. Da bisher keine Festlegung auf konkrete Maßnahmen erfolgte, können pragmatisch die besten Optionen ausgewählt werden. Als Präsident sollte Selenskyj stark genug sein, sich von Kolomojskyj lossagen zu können und unabhängig Politik zu gestalten. Selenskyj selbst zieht den Vergleich zum französischen Präsidenten Emmanuel Macron.

Der Umstand, dass Macron angesichts der Massenproteste seit Monaten unter Druck steht, zeigt aber auch, welchen Herausforderungen sich »einsame Reformer« stellen müssen. Um landesweit Reformen voranzutreiben und sie auch gegen Kritik überzeugend zu verteidigen, sind eine Parlamentsmehrheit und eine kompetente Regierung erforderlich. Hier müssen dann auch grundlegende Richtungsentscheidungen getroffen werden, die Teile der Wähler enttäuschen.

Ein erstes Beispiel dafür deutet sich schon an. Selenskyj hatte im Wahlkampf erklärt, er werde im persönlichen Gespräch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin eine Lösung für den Konflikt in der Ostukraine finden und die in Russland inhaftierten ukrainischen Soldaten und Seeleute nach Hause holen. Das versprochene Ergebnis entspricht nationalen ukrainischen Forderungen, während die vorgeschlagenen Verhandlungen eher russlandfreundlichen

Wählern gefallen sollten. Mit etwas Wohlwollen können sich also beide Wählergruppen durch Selenskyj in ihren Interessen vertreten fühlen. Der aktuelle russische Vorschlag, die Ausgabe von russischen Pässen in den Separatistengebieten zu vereinfachen, hat Selenskyj nun bereits gezwungen, das russische Vorgehen zu kritisieren. Wenn ein Gespräch mit Putin nicht zustande kommt oder ergebnislos bleibt, hat Selenskyj sein Pulver bereits verschossen.

Viele Kritiker Selenskyjs weisen darauf hin, dass ein Staat am Rande des Bankrotts und mit einem Krieg auf eigenem Territorium sich keine Anfängerfehler oder Experimente erlauben kann. Diese Faktoren zeigen aber aus meiner Sicht eher, dass sich die Ukraine unter Selenskyj auf ein drittes Szenario zubewegen könnte. Aufgrund der Abhängigkeit der Ukraine von der Unterstützung durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die EU sowie aufgrund der fehlenden Kompromissbereitschaft Russlands gibt es für den neuen ukrainischen Präsidenten kaum Handlungsspielräume. Die Ukraine könnte so einem »griechischen Szenario« folgen. Der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras wurde 2015 aufgrund seiner Ablehnung der IWF- und EU-Auflagen im Kontext der Eurokrise gewählt. Letztendlich setzte er die Auflagen zwar nicht unbedingt kompetent und dynamisch, aber weitgehend wie vereinbart um.

Es könnte deshalb gut sein, dass die meisten Reformen unter Selenskyj – ähnlich wie unter Poroschenko – den Vereinbarungen mit IWF und EU folgen. Im Bereich der Korruptionsbekämpfung zum Beispiel kann dies als eigener Erfolg verkauft werden. In vielen anderen Bereichen wird es – wie auch bisher – die eigene Inkompetenz verdecken und zur Rechtfertigung unpopulärer Reformen herangezogen werden.

Über den Autor:

Prof. Dr. Heiko Pleines leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Er hat sich intensiv mit der Rolle von Oligarchen in der ukrainischen Politik befasst. Einen Überblick über seinen Ansatz gibt folgender Zeitschriftenaufsatz: Pleines, Heiko (2016): Oligarchs and Politics in Ukraine, in: *Demokratizatsiya* (Jg. 24:1), S. 105–127.

Der Spaßmacher als Präsident

Von Gerhard Simon (Köln)

Petro Poroschenko gewann im Mai 2014 die Präsidentschaftswahl bereits im ersten Wahlgang, mit 54,7 Prozent der Stimmen. Ein zweiter Wahlgang war daher nicht erforderlich. Fünf Jahre später erhielt Poroschenko im ersten Wahlgang lediglich 15,9 Prozent der Stimmen und landete auf Platz zwei. Platz eins belegte der professionelle Showman und Politneuling Wolodymyr Selenskyj mit 30,2 Prozent der Stimmen; er gewann am 21. April auch die Stichwahl – mit 73,2 Prozent – gegen den Amtsinhaber Poroschenko, auf den nur 24,4 Prozent entfielen.

Diese Zahlen legen nahe, dass Poroschenko ein miserabler Präsident war und die Wähler ihn deshalb mit überwältigender Mehrheit ablehnten, um den Weg für einen völligen Neuanfang freizumachen. Tatsächlich ist aber weder die Bilanz der Präsidentschaft Poroschenkos durchweg negativ, noch kann von Präsident Selenskyj der völlige Neuanfang, den seine Sprecher ankündigen, erwartet werden. Aber dieses Wahlergebnis gibt einen tiefen Einblick in den Zustand und die Mentalität der ukrainischen Gesellschaft.

Präsident und Heilsbringer

Die Ukrainer wählen nicht einen fähigen Politiker zum Präsidenten, auf dessen Programm sie vertrauen, sondern einen Heilsbringer, der verspricht, alles anders und neu zu machen. Denn die ukrainischen Wähler vertrauen niemandem, den sie kennen. Deshalb verbinden sie ihre Hoffnungen – zumindest in der Politik – mit dem, den sie nicht kennen. Die postsowjetische ukrainische Gesellschaft ist labil und depressiv. Vergleichende internationale Untersuchungen zeigen, dass in der Ukraine das Vertrauen in die Staatsmacht das niedrigste in der Welt ist: nur 9 Prozent der Menschen haben Vertrauen in sie (vgl. <https://www.pravda.com.ua/news/2019/03/21/7209826/>). Im Durchschnitt vertrauen in den postsowjetischen Ländern 48 Prozent der Menschen der Staatsmacht. Die Gründe für das besonders große Misstrauen in der Ukraine sind vielfältig. Das Fehlen einer eigenen Staatlichkeit vor 1991 hat dazu beigetragen, dass die Ukrainer (ähnlich wie die Polen im 19. Jahrhundert) die Obrigkeit stets als das ganz Andere wahrnahmen, als fremde Bedrohung und als Instrument des Imperiums. Hinzu kommt, dass die Ukrainer im 20. Jahrhundert im Vergleich zu den anderen großen Völkern im Osten Europas nach dem jüdischen Volk den höchsten Blutzoll zu zahlen hatten, sowohl im Krieg als auch im »Frieden« (Holodomor). In der Wahrnehmung der

Menschen war die Staatsmacht stets der Henker, das eigene Volk das Opfer.

Zu den historischen Traumata kommen die aktuellen enttäuschten Erwartungen. Poroschenko wurde 2014 zum Präsidenten gewählt, um die Versprechungen nach der siegreichen Maidan-Revolution zu erfüllen: eine prosperierende Ukraine ohne Oligarchen und Korruption – integriert in EU und NATO –, Politik nicht als das Machbare, sondern als das Maximale. Aber der in dieser Erwartung zum »Vater der Nation« stilisierte Präsident enttäuschte. Schon seit Jahren sank die Zustimmung, und am Ende zählten fast nur noch seine Misserfolge und Versäumnisse – die fraglos vorhanden sind. Weder konnte Poroschenko den Krieg mit Russland im Donbas beenden, was er definitiv versprochen hatte, noch die Korruption wesentlich begrenzen. Vor allem gelang es nicht, von der Exekutive und den Oligarchen unabhängige Gerichte zu schaffen. Dass die Ukraine inzwischen in Europa und Nordamerika ein respektierter Partner ist, wie nie zuvor in ihrer Geschichte, zählt in der Wahrnehmung der meisten Wähler nicht.

So wählten die Ukrainer mit Selenskyj zum wiederholten Mal einen Heilsbringer zum Präsidenten. Zum ersten Mal geschah das im Dezember 2004, als Wiktor Juschtschenko nach der erfolgreichen Orangen Revolution zum Präsidenten gewählt wurde. Die Orange Revolution verhinderte, dass Wiktor Janukowytsch durch Wahlfälschungen ins Präsidentenamt gelangte. Die bittere Wahrheit ist allerdings, dass Janukowytsch 2010 ohne Wahlfälschungen dennoch Präsident wurde. Nach den gegen ihn gerichteten monatelangen Demonstrationen des Euromaidan 2013/14 flüchtete er nach Russland. Daraufhin wählten die Ukrainer mit Poroschenko zum zweiten Mal einen Heilsbringer zum Präsidenten.

Neuartiger kreativer Wahlkampf

Die Ukraine hat mit den Massendemonstrationen auf dem Maidan ein ungewöhnliches Instrument des politischen Machtwechsels entwickelt, das bislang zweimal erfolgreich war. Der jetzige Erdrutschsieg Selenskyjs ist als »Maidan an der Wahlurne« (siehe Artikel von Jewhen Holowacha auf <https://www.pravda.com.ua/articles/2019/04/18/7212520/>) bezeichnet worden. Die Strategie Selenskyjs im Wahlkampf unterschied sich jedoch grundlegend von jener der Maidan-Demonstrationen. Sie war allerdings ebenso neu und unerprobt. Die politische Kreativität ist erstaunlich.

Selenskyj gab erst am 31. Dezember 2018 seine Kandidatur bekannt, nachdem er allerdings schon seit

Monaten gute Werte in inoffiziellen Umfragen erzielt hatte. Sein Wahlkampf verlief ganz anders als derjenige der anderen Kandidaten. Auch im internationalen Vergleich lässt sich nichts der politischen Technologie Selenskyjs an die Seite stellen. Er hielt keine Wahlkundgebungen ab, bereiste nicht die Ukraine, gab keine Pressekonzferenzen, nahm nicht an Talkshows teil, vermied persönliche Begegnungen mit Wählern und Konkurrenten. Er kommunizierte fast ausschließlich digital über kurze Videoclips ohne Rede und Gegenrede. Er forderte seine Wähler auf, für ihn ein Wahlprogramm zu schreiben und in den sozialen Netzwerken ihre Fragen an ihn zu formulieren. Diese Fragen wurden dann von Hundertausenden Volontären mithilfe eines E-Books, das gesammelte Antworten enthielt, beantwortet (vgl. <https://en.hromadske.ua/posts/zelenskiys-head-digital-marketer-on-their-winning-election-campaign>). Jedem Sympathisanten wurde so vermittelt, dass der Kandidat genau *seine* Wünsche und Erwartungen teilt, ohne dass irgendwelche Inhalte spezifiziert wurden. Weil Selenskyj sich nicht auf politische Inhalte festlegen oder gar in Kontroversen verwickeln ließ, identifizierten sich viele Wähler mit dem »Diener des Volkes« – so der Name von Selenskyjs beliebter TV-Serie und seiner bislang weitgehend virtuellen politischen Partei –, auch wenn sie ganz unterschiedliche Meinungen vertraten.

Diese Wahlkampfstrategie hatte überwältigenden Erfolg, der wohl nur vor dem Hintergrund der spezifisch ukrainischen Bedingungen zu verstehen ist. Das Gros der das System Poroschenko hassenden Protestwähler stimmte nicht in erster Linie für Selenskyj, sondern gegen den Amtsinhaber. Ein weiterer Faktor spielt eine Rolle, wenn man versucht zu erklären, warum bei-

nahe drei Viertel der Wähler Selenskyj ihre Stimme gaben: Die meisten Bewerber um das Präsidentenamt waren wie der Amtsinhaber Altpolitiker, die seit zwanzig Jahren das Sagen in der ukrainische Politik haben. Die von allen Seiten geforderte Elitenerneuerung hatte kein Gesicht unter den aussichtsreichen Kandidaten – außer eben das eine.

Ausblick

Der »Diener des Volkes« vertritt in zentralen Fragen den Konsens: Westbindung der Ukraine, Wiederherstellung der Staatsgrenzen von 2013, Widerstand gegen den Aggressor Russland. Aber bislang ist nicht zu erkennen, welche neuen Initiativen Bewegung in die festgefahrenen Bereiche – Kampf gegen die Korruption und die Oligarchen, Frieden im Donbas und Wirtschaftsreformen – bringen könnten. Auch von einer totalen Elitenerneuerung durch Selenskyj kann nicht die Rede sein. Ein Beispiel: Rechtsanwalt Andrij Bohdan ist eine zentrale Figur im Team von Selenskyj (vgl. <https://www.pravda.com.ua/articles/2019/04/25/7213591/>). Er arbeitete für verschiedene politische Lager und war in der Zeit von Janukowytsch stellvertretender Justizminister. Er vertritt heute als Anwalt den Oligarchen Ihor Kolomojskyj, der eng mit dem neuen Präsidenten verbunden ist. Kolomojskyj fordert 2 Milliarden Dollar Entschädigung vom ukrainischen Staat, die er 2016 durch die angeblich gegen ihn gerichtete Verstaatlichungspolitik verloren habe.

Aber kein Zweifel: Selenskyj ist der demokratisch gewählte Präsident, und er hat jetzt alle Chancen, die eine Demokratie bietet.

Über den Autor:

Prof. Dr. Gerhard Simon ist Historiker. Er war Leitender Wissenschaftlicher Direktor des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln und lehrte an den Universitäten Köln und Bonn.

OSCE International Election Observation Mission. Ukraine—Presidential Election, Second Round, 21 April 2019

Statement of Preliminary Findings and Conclusions (Ausschnitt)

[...]

Election Day

Election day was peaceful, and CEC announced voter turnout of 62.1 per cent, slightly lower than in the first round. The CEC started posting on its website preliminary election results broken down by polling station before 22:00 on election day. The incumbent conceded defeat shortly after the polls closed. The opening was assessed positively in all but 3 of the 182 polling stations observed. With a few exceptions, established procedures were followed. A few polling stations observed opened with slight delays or ahead of time. Voting was assessed positively in 99 per cent of polling stations observed. IEOM assessed that the PECs worked transparently, performed well and almost always adhered to established procedures.

IEOM observers reported only few cases of serious violations such as series of seemingly identical signatures on voter lists (1 per cent), and group voting (2 per cent), and isolated instances of proxy or multiple voting. IEOM observers noted occasional problems with the secrecy of the vote, including voters showing their marked ballots to others present (7 per cent), indications of voters taking pictures of their ballots (1 per cent), or persons other than PEC members keeping track of voters who had voted (2 per cent). All of these could be related to concerns expressed with regard to possible vote-buying. In Ivano-Frankivsk oblast, IEOM observers directly observed a clear case of vote buying in favour of Mr. Zelenskyi. The small size of the runoff ballot resulted in many voters not folding it properly. In 15 per cent of polling station observed, one or more voters were not allowed to vote, most commonly because they could not produce a valid ID or were not on the voter list. IEOM observers reported from 35 polling stations that some voters were allowed to vote without a proper ID. There were significantly fewer observers than in the first round, with candidate observers seen in 33 per cent of polling station observed, and citizen observers in 28 per cent. IEOM observers saw unauthorized persons in 5 per cent of polling stations observed, but they rarely interfered or directed the process. Some 65 per cent of polling stations observed were not accessible for persons with physical disabilities, and the layout of 24 per cent was not suitable for them. IEOM observers reported overcrowding from 2 per cent of polling stations observed. The vote count was assessed positively in 238 of the 264 polling stations observed. Counting was transparent, and the performance of most PECs was assessed positively. Candidate and citizen observers were present at around one third of counts observed. IEOM observers still noted a few procedural errors during the vote count. Procedures were generally followed, although IEOM observers reported that 49 PECs did not perform the count in the prescribed sequence. They also reported that basic reconciliation procedures were again often not followed, including when the PEC did not announce important data, such as the numbers of voters on the voter list (28 cases), voters' signatures on the voter list (55 cases) or used ballot counterfoils (33 cases). In one quarter of counts observed, the figures established during reconciliation were not entered into the protocol before the PEC opened the ballot boxes. IEOM observers noted 23 cases where the results protocol had been pre-signed by PEC members. These procedural omissions can mostly be explained by lack of training or experience and rarely led to negative assessments by the IEOM observers. Unlike in the first round, the initial stages of the tabulation process were assessed positively, with only two of 205 observations being negative. With few exceptions, the 112 DEC where tabulation was observed followed procedures, and handover and tabulation were transparent, prompt and orderly. IEOM observers reported cases of PEC results protocols that had not been completely filled (63 cases) or did not reconcile (94 cases), with IEOM observers in many cases noting poor training or lack of knowledge of procedures. They also reported from 26 DEC that PEC or DEC members were changing protocol figures at the DEC, which contravenes the law. Conditions at most DEC observed were adequate, with few cases of overcrowding or tension. In 15 cases, IEOM observers could not fully observe the data entry of results, which limited transparency. In 14 cases, IEOM observers were restricted in their observation. In one half of DEC observed, not everybody entitled received copies of the intermediate tabulation protocols. Unlike in the polling stations, citizen and candidate observers were present at the large majority of DEC. As in the first round, almost all of the nine observed cases of interference in the work of DEC were by such observers. [...]

Quelle: OSZE, 22.04.2019, <https://www.osce.org/odihr/elections/ukraine/417821?download=true>.

Statement of the Civil Network OPORA on Provisional Observation Results at the Regular Presidential Election in Ukraine, 22 April 2019 (Ausschnitt)

On April, 21, 2019, voters had an opportunity to freely elect one of the two run-off candidates who received the most of votes during the first election round. The second round is a final stage of election campaign at the regular presidential election in Ukraine with the record high number of candidates running for presidency (39 persons).

According to the provisional results of the long-term and short-term observation at the regular presidential election in Ukraine (conducted since October, 2018), OPORA states the competitive nature of the electoral process. The voting process and the period of pre-election campaigning mostly complied with the basic international standards of democratic elections.

Voters were comprehensively informed and provided with actual alternatives for expressing their will, which broadly displayed the political parties represented in the society, and reflected the entire range of civic and political attitudes. The state provided citizens with due conditions for exercising their voting rights, with no pressure from authorities or other subjects during the election days on March, 31, and on April, 21.

Candidates resorted to various forms of campaigning, with sufficient and often excessive financial resources therefor. Despite the signs of political support of a number of national and regional media, citizens were duly informed on activities of Ukrainian presidential candidates, on their election agenda, and on political positions. However, unfortunately, Ukrainian presidential candidates in the run-off election failed to provide for full-fledged discussion between them on the priorities of their election programs within the format of television debate organized by the public broadcasting service at the cost of the National Budget of Ukraine.

The real competitiveness of elections was unfortunately accompanied with significant shortcomings of electoral process that are systemic in nature. Non-transparent funding for official activities and implicit election campaigning, shadow nature of funding of campaigning activities and work of election commission members, misuse of administrative resources and negative information campaigns remain the problems that indicate to the need to reinforce legal and practical guarantees for democratic nature of elections in Ukraine.

OPORA states the need to enhance the control mechanisms over sources of using financial means in favour of potential and registered Ukrainian presidential candidates. A large number of Ukrainian presidential candidates launched the de facto campaigns before the start of election process thus creating the unlevelled playing field for other electoral actors.

After the official start of elections provided by the Law of Ukraine "On Election of the President of Ukraine", OPORA observers continued registering campaigning activities which sources and the scope of funding were not transparent and accountable. Mostly uncontrolled activities of politically affiliated NGOs at the expense of the candidates' election funds, unbalanced and anonymous implicit campaigning in national and in local media, a rather massive production and dissemination of campaigning materials with no source data thereon require from the state to reform the law and the dedicated institutions for the full-fledge monitoring of funding election campaigns. The requirement also refers to the state's response to anonymous negative campaigns against competitors that were largely implemented by influential candidates.

Regular Ukrainian presidential elections show the need to improve legal framework to regulate expenses of candidates in the field of staffing and logistics for their election campaigns. Current versions of the Law of Ukraine "On Election of the President of Ukraine" prohibits financial payments to campaigners, to members of election commissions, to official observers who act in favour of Ukrainian presidential candidates. The legal provisions are justified in the context of avoiding vote-buying but they have low efficiency in the area of counteracting illegal funding of elections.

Instead, current regulation on the level of the by-law for reimbursing actual costs by voters under free-of-charge contracts for implementing campaigning makes it impossible to efficiently prevent the implicit forms of vote-buying. The problems identified in the area of funding election campaigns require from the Supreme Council to find due balance between the need to legalize all de facto costs of candidates and the importance to counteract vote-buying (including its indirect forms).

Regular Ukrainian presidential elections attest to the need to reinforce the guarantees for political neutrality of public officials and local government officials. OPORA registered multiple episodes of public or implicit engagement of public officials in election campaigns for certain candidates. The incidents included both breaking restrictions of the law, and incompliance with the standards of political neutrality of public administration. Not all of the Ukrainian

presidential candidates, predominantly the current Head of State Petro Poroshenko, managed to clearly distinguish between the formal position-related and campaigning activities. It must be stated that the Ukrainian presidential candidate Volodymyr Zelenskyi also failed to effectively distinguish between his professional and business activities and the election campaigning activities, which resulted in his non-proportionate representation in some media.

Incidents of misuse of administrative resource had a negative effect on providing the principle of equal opportunities when running the campaigning, and they need to be prevented before the regular parliamentary elections in Ukraine. Special focus, according to OPORA, shall be on counteracting the misuse of budget programs and social payments in favour of certain electoral subjects. [...]

Quelle: OPORA, 22.04.2019, <https://www.oporaua.org/en/statement/vybory/vybory-prezydenta/vybory-prezydenta-2019/17940-zaiava-gromadianskoyi-merezhi-opora-shchodo-poperednikh-rezultativ-sposterezhennia-na-chergovikh-viborakh-prezydenta-ukrayini>.

DEKODER

»Russland hat kein Monopol auf die russische Sprache!«

Von Mustafa Najem (Kiew)

Der folgende Facebook-Post des ukrainischen Parlamentariers und Journalisten Mustafa Najem erschien am 24.04.2019 im Onlinemagazin The New Times und wurde von dekodeur ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

Einleitung von dekodeur

Am 24. April 2019 hat Präsident Putin einen Erlass unterzeichnet, wonach den Bewohnern der sogenannten Donezker und Lugansker Volksrepubliken die Annahme der russischen Staatsbürgerschaft erleichtert werden soll. In den Gebieten wird seit 2014 gekämpft.

Kurz nach der Wahl des neuen ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, dem Putin zum Wahlsieg nicht gratuliert hatte, kam der Erlass sehr überraschend. Der noch amtierende ukrainische Präsident Petro Poroschenko warnte vor einer russischen Annexion der Gebiete.

Als aggressives Symbol kritisierten zahlreiche Beobachter das Handeln Putins, der ehemalige Jelzin-Berater Georgi Satarow etwa kommentierte auf Facebook: »Es ist ganz offensichtlich, dass diese kleine Schikane (statt einer Gratulation) das typische nervöse Zucken eines Mannes ist, der voller Schwerkut erschreckt nach Luft schnappt vor Neid auf einen, der mehr als 70 Prozent der Stimmen bekommen hat, und zwar ohne den Einsatz einer riesigen Propagandamaschine, ohne Unterdrückung und Betrug.«

Der Kreml dagegen betonte, man habe »nicht den Wunsch, der neuen ukrainischen Führung Probleme zu machen«. Der sogenannte Chefideologe des Kreml Wladislaw Surkow sagte, der Erlass sei »eine Pflicht Russlands gegenüber den Menschen, die auf Russisch denken und sprechen und die sich wegen der repressiven Maßnahmen des Kiewer Regimes jetzt in einer sehr schwierigen Situation befinden«. Mit russischem Pass würden sich »die Menschen beschützter und freier« fühlen.

Das russische Onlinemagazin The New Times veröffentlichte mehrere Blogbeiträge zum Thema, unter anderem den Facebook-Post von Mustafa Najem. Der einstige Journalist, der heute Mitglied der Rada ist, gilt als Initiator des Euromaidan 2013.

Vor wem schützt ihr denn dort die russischsprachigen Menschen?!

Wladimir Putin hat einen Erlass unterschrieben. Darin geht es darum, die Annahme der russischen Staatsbürgerschaft für Bewohner der besetzten Gebiete in den

Oblasten Donezk und Luhansk zu erleichtern. Das Ziel dieser internationalen Sabotage ist offensichtlich: Seinerzeit ermöglichte die massenweise Vergabe russischer Pässe an die Bewohner Abchasiens und Südossetiens die russische Invasion im August 2008 nach Georgien.

Aber am ärgerlichsten ist dieser unglaubliche Unsinn über die russischsprachigen Menschen, mit dem das gerechtfertigt wird. »Wenn sie erst einmal [russische – Anm. d. dekoder-Red.] Pässe haben, werden sich die Leute sicherer fühlen«, sagt Wladislaw Surkow.

Man fragt sich: Vor wem schützt ihr denn dort die russischsprachigen Menschen?! Da gibt es keine ukrainische Staatsmacht. Da ist alles in der Hand eurer Freunde. Da rollt der Rubel. Der ganze offizielle Schriftverkehr ist auf Russisch. Und ein Sachar Prilepin rennt fröhlich durch die Schützengräben. Wen wollt ihr da vor wem beschützen?!

Wenn es schon so weit gekommen ist, denke ich, sollte man Herrn Surkow einfach anbieten, herzukommen und die russische Sprache zu schützen, etwa an der Frontlinie oder in einem beliebigen [ukrainischen – Anm. d. dekoder-Red.] Truppenteil, wo Tausende, die Russisch sprechen, ihren Dienst leisten. Ich fände das irre interessant. Oder kommen Sie doch hierher, nach Kiew, und schauen Sie mal im Barbakan oder bei Pizza Veterano rein – auch da gibt es eine Vielzahl russischsprachiger Ukrainer, die quasi nur darauf warten, dass man sie beschützt. Am besten noch, Sie schauen auch mal beim Asow-Bataillon vorbei und versuchen denen Ihre Hilfe anzubieten.

Aber gut.

Hören Sie. Ich bin russischsprachiger Ukrainer. Ich habe nur eine einzige Amtssprache: Ukrainisch. Wie auch Millionen weitere russischsprachige Ukrainer,

brauche ich nicht den Schutz eines Wladislaw Surkow, eines Wladimir Putin und weiterer Nachfahren unseres Kiewer Fürsten Juri Dolgoruki. Genau wie Englisch nicht Großbritannien, Französisch nicht Frankreich und Spanisch nicht ausschließlich den Spaniern gehört, so ist auch die russische Sprache nicht das Eigentum der Russischen Föderation.

Gerade die Ukraine sollte meiner Meinung nach das Land werden, das dem Kreml das Monopol auf die russische Sprache entzieht sowie das alleinige Recht, russischsprachige Menschen zu schützen. Ich arbeite schon lange daran und werde bald meine Sicht auf die Situation in den besetzten Gebieten vorlegen. Ich weiß nicht, welche Ideen zu diesem Thema im Stab des neu gewählten Präsidenten besprochen und ob überhaupt welche besprochen werden. Doch ich bin bereit, meinen Plan vorzulegen und mit jeder Regierung zusammenzuarbeiten, die ihn für effektiv und umsetzbar hält.

Und was die russische Sprache betrifft, so meine ich das ernst. Was ist das für eine teuflisch »humanitäre« Leibeigenschaft? Russisch gehört unter anderem auch uns. Und es geht hier nicht um eine zweite Amtssprache, die meiner festen Überzeugung nach Englisch sein sollte; es geht darum, dass mit unseren Leuten, die von Russland als Geisel genommen wurden, nicht nur der Terroristen-Staat Russisch reden sollte.

Übersetzung aus dem Russischen: dekoder-Redaktion

Über den Autor:

Mustafa Najem (geb. 1981) ist ein ukrainischer Parlamentarier und Journalist. Er gilt als einer der Initiatoren des Euromaidan. Najem ist Mitglied der Partei »Block Petro Poroschenko«.

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter https://newtimes.ru/articles/detail/179913/?utm_source=facebook&utm_medium=social&utm_campaign=thenewtimes&utm_content=rss&fbclid=IwAR3gvdSGoAzic8-eQpJgg1Iyc7FTEdr9wG4izo5h6HDj2Khouk4KsZnK5QM, die Übersetzung ins Deutsche durch dekoder unter <https://www.dekoder.org/de/article/russische-paesse-donbass-putin>.

Dieser Beitrag wurde übernommen im Rahmen des Projektes »Wissenstransfer² – Russlandstudien (https://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/de/5/20190308202039/Wissenstransfer_hoch_zwei.html)«, das von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und dekoder.org mit finanzieller Unterstützung der Volkswagen-Stiftung durchgeführt wird.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder und Mustafa Najem für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Nach dem Erlass zur erleichterten Verleihung der russischen Staatsangehörigkeit – Reaktion in den »Volksrepubliken«

Um die Reaktion auf Wladimir Putins Erlass zu Erleichterungen bei der Vergabe russischer Pässe in den selbsternannten »Volksrepubliken Donezk und Luhansk« zu dokumentieren, veröffentlichen die Ukraine-Analyse hier Auszüge aus dem 55. Newsletter *Developments in »DNR« and »LNR«* vom 26. April 2019 von Nikolaus von Twickel. Der Newsletter basiert auf der Auswertung öffentlich zugänglicher Internetquellen und ist im Rahmen des Programms »Menschenrechtsschutz in der Ostukraine 2018« des Deutsch-Russischen Austausch (DRA e. V.) entstanden. Das Projekt wird durch das Auswärtige Amt gefördert. Ansprechpartner beim DRA ist Tim Bohse (tim.bohse@austausch.org). Der Newsletter ist unter www.civicmonitoring.org im Internet archiviert, dort findet man auch die Internetadressen der im Text genannten Originalquellen. Wir danken dem DRA und Nikolaus von Twickel für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Developments in “DNR” and “LNR”: 06 – 25 April 2019 (Newsletter 55)

Written by Nikolaus von Twickel

Summary

The Kremlin’s announcement that Russian passports will be issued in the “People’s Republics” were greeted with enthusiasm by separatist leaders while Ukraine and her allies reacted with sharp criticism. While the move was clearly directed at Ukraine’s president-elect Volodymyr Zelenskiy, experts warned that it might boost the ongoing brain drain. Meanwhile, the influence of Vneshtorgservis in the “DNR” grew further after the secretive holding company’s CEO, Vladimir Pashkov, was appointed a deputy Prime Minister.

Russia announces “passportization” for “DNR” and “LNR”

Separatist leaders reacted euphorically to the Kremlin’s April 24 decree that residents of the “People’s Republics” will be eligible to receive Russian passports on a fast-track basis. “We have long been waiting for this step and are immensely glad that the day has come. Thank You!”, “DNR” leader Denis Pushilin said in a statement. “LNR” leader Leonid Pasechnik tweeted that this was “an extraordinary moment, which has been long awaited by all of the LNR’s citizens.”

The decree states that residents of the “certain districts of Ukraine’s Luhansk and Donetsk regions” are entitled for a fast-track procedure when applying for Russian citizenship and that they should present passports issued by the DNR or “LNR”. Russia has recognized these passports since February 2017 (see Newsletter 19).

The Russian Interior Ministry later clarified that applicants won’t be required to travel to Russia. Instead they should submit documents to authorized personnel inside the “Republics” (i.e. Ukraine) while the applications would be processed within a three-months period in the neighbouring Russian Rostov Region. Russia also won’t require applicants to renounce their Ukrainian citizenship. Dual citizenship is illegal under Ukrainian law and Ukraine’s deputy Minister for the Occupied Territories Yuriy Hrymchak warned that those who take up the Russian offer could lose their Ukrainian citizenship.

Ukraine and her allies denounced the decision as illegal and counterproductive. The Foreign Ministry in Kiev said that the decree undermines the Minsk agreements and intends to destabilize Ukraine after the April 21 presidential election. It published a collection of western government criticism as a Twitter Moments series. The OSCE Chairmanship, currently held by Slovakia, warned that this was an “unilateral measure” by Russia that could undermine efforts for a peaceful resolution.

While Russian President Vladimir Putin said that the decision was a “purely humanitarian” one, the step was widely seen as a reaction to Volodymyr Zelenskiy winning the presidential election on April 21. Russian media had actually reported back on April 16, when Zelenskiy’s clear victory had been predicted by polls, that the passport decree was ready to be signed right after the second round of voting.

Maria Snegovaya, a political scientist from Columbia University in New York, suggested that Russia was afraid of the showman’s popularity in Donbass (his best result, almost 90 per cent, was in the Luhansk region). Zelenskiy’s

“victory in democratic elections creates competition for (the) Kremlin’s project in DPR/LPR. Distribution of passports (is an) PR-attempt to pull the region’s residents to (Russia’s) side”, Snegovaya wrote on Twitter.

Alexei Chesnakov, a political consultant closely linked to Vladislav Surkov, the Kremlin adviser responsible for eastern Ukraine, openly warned that Russia would employ “more political tools” to protect the local population if Ukraine does not make concessions: “If Kiev really wants to restore a common constitutional order with Donetsk and Luhansk, it needs to demonstrate its readiness soon,” he said.

It was unclear what long-term consequences passportization will have for the “People’s Republics”. While many experts suggested that it will increase the brain drain to Russia and make it less attractive for young men to join local armed formations. Low wages and a bleak economic outlook have been blamed for a brain drain that is increasingly affecting key areas of the local economy (see Newsletter 53).

However, others argued that the decision might ultimately make reintegration with Ukraine easier by lowering barriers for the pro-Russian population to migrate to Russia. And while some warned that Moscow could use the presence of significant numbers of Russian citizens as a pretext for future military incursions, others pointed out that the Russian military presence was already sufficiently big and a Ukrainian military offensive was highly unlikely.

Much will depend on how fast and efficient the passportization will be implemented. Alexander Zhuchkovsky, a former Russian volunteer fighter and writer, suggested that Russian authorities could issue up to 30,000 passports per month. He added that priority would be given to fighters, security service staff and people working for the separatist de-facto authorities. [...]

Quelle: <https://www.civicmonitoring.org/developments-in-dnr-and-lnr-06-25-april-2019-newsletter-55/>

CHRONIK

9. April – 12. Mai 2019

09.04.2019	Einem Bericht der Weltbank zufolge sind die Rücküberweisungen von im Ausland arbeitenden Ukrainern auf einen neuen Rekordstand gestiegen: 2018 wurden 14,4 Milliarden US-Dollar überwiesen, was 11,4 Prozent des ukrainischen BIP entspricht. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Überweisungen um 19 Prozent. Damit ist die Ukraine in Europa das Land mit den höchsten Rücküberweisungen durch Arbeitsmigration.
09.04.2019	Vor Wolodymyr Selenskyjs Wahlkampfzentrale kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Anhängern von Selenskyj und von dem amtierenden Präsidenten Petro Poroschenko, die von der Polizei beendet werden müssen.
09.04.2019	Mit Serhij Sementschenko und Jhor Sobolew verlassen zwei der prominentesten Abgeordneten von »Samopomitsch« (Selbsthilfe) die Fraktion. In aktuellen Umfragen liegt Samopomitsch deutlich unter der Fünf-Prozent-Hürde und würde damit den Einzug ins Parlament bei den Wahlen im Oktober voraussichtlich verpassen.
10.04.2019	Präsident Petro Poroschenko stimmt einer von seinem Herausforderer Wolodymyr Selenskyj vorgeschlagenen öffentlichen Debatte im Kiewer Olympiastadium zu. Poroschenko will diese jedoch nicht wie von Selenskyj gefordert am 19. April abhalten, sondern bereits am 14. April.
10.04.2019	Per Dekret entlässt Präsident Petro Poroschenko den Gouverneur der Region Odessa, Maksym Stepanow, und ernennt dessen Stellvertreter Serhij Paraschtschenko zum amtierenden Gouverneur. Stepanow, der das Amt 2017 von Micheil Saakaschwili übernahm, weigert sich, den Posten zu räumen und sieht seine Entlassung als unrechtmäßig an.
11.04.2019	In Kiew beginnt die zweite »European and Central Asian Lesbian Conference«, kurz EL*C. Vier Tage diskutieren rund 350 LGBTI-Aktivistinnen vor allem über die Lage von sexuellen Minderheiten in der Ukraine.
11.04.2019	Einer neuen Umfrage des Umfrageinstituts »Rating« zufolge würden 71,4 Prozent der Bevölkerung bei der anstehenden zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen für Herausforderer Wolodymyr Selenskyj stimmen, während 28,6 Prozent für Amtsinhaber Petro Poroschenko stimmen würden. 10 Prozent der Befragten geben an, nicht wählen zu gehen und 14,8 Prozent sind noch unentschieden, für wen sie stimmen.
11.04.2019	Präsident Petro Poroschenko ernennt offiziell die 38 Richter des neuen Obersten Antikorruptionsgerichts. Darunter sind acht Personen, gegen deren Ernennung zivilgesellschaftliche Organisationen aufgrund ihrer Eignung und Integrität Bedenken geäußert haben.
12.04.2019	Petro Poroschenko reist nach Berlin und anschließend nach Paris, wo er sich jeweils mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron trifft. Mit Merkel bespricht Poroschenko den Waffenstillstand zwischen der Ukraine und den prorussischen »Separatisten« im Donbas, der anlässlich der orthodoxen Osterfeiertage ab dem 18. April gelten soll.
14.04.2019	Präsident Petro Poroschenko entlässt den umstrittenen stellvertretenden Leiter des Auslandsnachrichtendienstes, Serhij Semotschko. 2018 hatten Journalisten berichtet, dass Semotschkos Familie während seiner Amtszeit zu auffällig viel Reichtum gekommen sein soll. Bei einem Treffen Anfang April mit Antikorruptionsaktivisten hatte Poroschenko auf deren Anregung angekündigt, Semotschko entlassen zu wollen.
15.04.2019	Die prominente ukrainische Abgeordnete Nadija Sawtschenko wird aus der Untersuchungshaft entlassen. Im März 2018 wurde sie wegen Terrorismusvorwürfen verhaftet. Unter anderem wurde ihr vorgeworfen, einen Anschlag auf das Parlament geplant zu haben.
16.04.2019	Laut dem Kiewer Internationalen Institut für Soziologie liegt die Partei »Sluha Narodu« des Präsidentschaftskandidaten Wolodymyr Selenskyj in aktuellen Umfrage vorne. Würden jetzt Parlamentswahlen stattfinden, käme »Sluha Narodu« auf 25,9 Prozent, gefolgt von der prorussischen »Oppositionsplattform – für das Leben« mit 15,7 Prozent, dem »Block Petro Poroschenko« mit 12,9 Prozent und der »Vaterlandspartei« von Julija Tymoschenko mit 12,1 Prozent.
17.04.2019	Der ukrainische Oligarch Ihor Kolomojskyj, der sich wegen laufender Ermittlungen in der Ukraine und in den USA gegenwärtig in Israel aufhält, gibt bekannt, im Falle eines Wahlsiegs von Selenskyj in die Ukraine zurückkehren zu wollen. Kolomojskyj wird die Unterstützung von Präsidentschaftskandidat Wolodymyr Selenskyj nachgesagt.
18.04.2019	Ein Kiewer Bezirksverwaltungsgericht erklärt die Verstaatlichung des größten Finanzinstituts des Landes, der PrivatBank, für rechtswidrig. Ihor Kolomojskyj, der ehemalige Eigentümer der PrivatBank, die Ende 2016 verstaatlicht wurde, hatte gegen die Verstaatlichung geklagt. Die Nationalbank und das Finanzministerium kündigen an, in Berufung gehen zu wollen.
18.04.2019	Im neuen Ranking zur Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen rutscht die Ukraine um einen Platz auf Rang 102 ab. Als Ursache für die Verschlechterung werden Angriffe auf Journalisten und der Krieg im Donbas genannt.

18.04.2019	Der russische Premierminister Dmitri Medwedew gibt bekannt, dass Russland den Handel mit der Ukraine weiter einschränken werde. Ein neues Regierungsdekret untersagt ab dem 1. Juni 2019 den Export von russischem Rohöl, Ölprodukten und Kohle in die Ukraine. Gleichzeitig dürfen ukrainische Waren aus den Bereichen Leichtindustrie und Maschinenbau nicht mehr nach Russland eingeführt werden. Bereits im Dezember verhängte Russland ein Importverbot für mehr als 50 unterschiedliche Waren und begründete diesen Schritt mit den bis 2020 verlängerten Sanktionen der Ukraine gegen Russland.
19.04.2019	Im Kiewer Olympiastadion findet die erste Präsidentschaftsdebatte seit 15 Jahren statt. Vor rund 20.000 Unterstützern im Stadion und Millionen Fernsehzuschauern liefern sich Präsident Petro Poroschenko und sein Herausforderer Wolodymyr Selenskyj einen verbalen Schlagabtausch. Poroschenko versucht dabei Selenskyj als politisch unerfahren und damit vor dem Hintergrund der russischen Aggression als Sicherheitsrisiko für das Land darzustellen, während Selenskyj Poroschenko vorwirft, zu wenig gegen die Korruption getan und den Krieg in der Ostukraine nicht beendet zu haben. Einen klaren Sieger der Debatte gibt es nicht.
19.04.2019	Das unabhängige Rechercheportal OCCRP veröffentlicht Recherchen, nach denen Ihor Kolomojskyj und Hennadij Boholjubow, die ehemaligen Eigentümer der verstaatlichten PrivatBank, rund 5,5 Milliarden US-Dollar aus dem Vermögen der Bank über eine zypriotische Filiale der Bank gestohlen haben sollen.
21.04.2019	Aus dem zweiten Wahlgang der ukrainischen Präsidentschaftswahlen 2019 geht Wolodymyr Selenskyj als klarer Sieger hervor und wird nächster Präsident der Ukraine. Bereits die ersten Hochrechnungen deuten mit 73 Prozent für Selenskyj und 25,5 Prozent für Poroschenko einen deutlichen Sieg des politischen Newcomers an. Lediglich in der westukrainischen Region Lwiw kann sich Poroschenko durchsetzen, in allen anderen Landesteilen, vor allem im Süden und Osten, liegt Poroschenko teils weit abgeschlagen hinter Selenskyj. Ukrainische und internationale Wahlbeobachter sprechen von einer freien, fairen und demokratischen Wahl. Poroschenko gratuliert Selenskyj und gibt bekannt, auch weiterhin aktiv in der Politik bleiben zu wollen.
22.04.2019	Am Abend versammeln sich mehrere Tausend Anhänger Poroschenkos vor der Präsidialadministration, um ihm ihren Dank für seine politische Arbeit auszudrücken. In einer emotionalen Ansprache bedankt er sich für die Unterstützung und deutet an, bei der nächsten Wahl erneut als Präsident anzutreten.
22.04.2019	Premierminister Wolodymyr Hrojsman gibt bekannt, bei den Parlamentswahlen antreten zu wollen, jedoch nicht für die Partei seines politischen Verbündeten, Petro Poroschenko. Stattdessen deutet er während einer Talkshow an, eine eigene Partei gründen zu wollen. Auch kündigt Hrojsman an, noch vor der Wahl im Oktober das Wahlgesetz ändern zu wollen, das von der ukrainischen Zivilgesellschaft und internationalen Institutionen kritisiert wird.
24.04.2019	Der russische Präsident Wladimir Putin kündigt an, den Menschen in den separatistischen »Volksrepubliken« in beschleunigten Verfahren russische Pässe ausgeben zu wollen. Dazu habe er ein Dekret erlassen. Die Einbürgerung für die Betroffenen werde erleichtert, sie könnten die russische Staatsbürgerschaft in Zukunft im Eilverfahren erlangen. Als Grund führt Putin »humanitäre Gründe« an, da die Ukraine den Menschen ihre Bürgerrechte verwehre. Der neugewählte ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj reagiert darauf mit dem Gegenangebot, die ukrainische Staatsbürgerschaft allen zu geben, die unter autoritären und korrupten Regimen leiden, wobei er besonders die Menschen in Russland erwähnt.
24.04.2019	Die Generalstaatsanwaltschaft mildert die Anklage gegen fünf Verdächtige im Fall der ermordeten Antikorruptionsaktivistin Kateryna Handsjuk. Die Anklage wurde von einem Morddelikt, das bis zu einer lebenslänglichen Haftstrafe strafbar ist, gemildert in »Schwere Verletzungen mit Todesfolge«, wofür den Angeklagten sieben bis zehn Jahre Gefängnis drohen. Am folgenden Tag versammeln sich Dutzende Aktivisten vor der Generalstaatsanwaltschaft und fordern, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Kateryna Handsjuk war im November 2018 an den Folgen eines Säureanschlags gestorben.
25.04.2019	Die Werchowyna Rada verabschiedet mit großer Mehrheit ein neues Sprachengesetz, das der ukrainischen Sprache einen höheren Status verleiht. Es sieht unter anderem vor, dass Printmedien (mit einigen Ausnahmen) in der offiziellen Landessprache Ukrainisch erscheinen müssen und das in Bereichen wie der öffentlichen Verwaltung, Bildung und im Gesundheitswesen Ukrainisch die offizielle Sprache ist. Da große Teile der Bevölkerung bilingual (Ukrainisch und Russisch) kommunizieren, gibt es Kritik am neuen Gesetz, so auch von Wolodymyr Selenskyj, der das Gesetz prüfen lassen wolle.
25.04.2019	Die Sonderbeobachtungsmission der OSZE verliert eine Beobachtungsdrohne über von prorussischen Rebellen kontrolliertem Gebiet. Als die unbenannte Aufklärungsdrohne bei Asow in der Nähe von Donezk unterwegs war, wurden von der OSZE Störwellen registriert, woraufhin der Kontakt zur Drohne abbrach.
25.04.2019	In einer Kohlegrube in der Kleinstadt Juriwka, die in der von prorussischen Rebellen kontrollierten »Volksrepublik Luhansk« liegt, kommt es zu einer Methanexplosion. Bei dem Unglück sterben 17 Bergarbeiter.

29.04.2019	Laut aktuellen Zahlen des Stockholmer internationalen Friedensforschungsinstituts SIPRI sind die Militärausgaben der Ukraine 2018 um 21 Prozent gestiegen. Damit lag die Ukraine weit über dem Durchschnitt von 2,1 Prozent und steigerte die Militärausgaben wie kaum ein anderes Land. In absoluten Zahlen gemessen lagen die Ausgaben in der Ukraine mit 4,8 Milliarden US-Dollar jedoch weitaus niedriger als z. B. in den Nachbarländern Russland (61,4 Milliarden US-Dollar) oder Polen (11,6 Milliarden US-Dollar).
30.04.2019	Die Zentrale Wahlkommission gibt das endgültige Wahlergebnis der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen bekannt. Bei einer Wahlbeteiligung von 61,37 Prozent sprachen sich 73,22 Prozent für Wolodymyr Selenskyj und 24,45 Prozent für Petro Poroschenko aus. Von den knapp 18,5 Millionen abgegeben Stimmen waren 427,841 ungültig.
30.04.2019	Laut der ukrainischen Staatsfinanzbehörde hat Polen im ersten Quartal 2019 Russland als wichtigsten Handelspartner der Ukraine abgelöst. In diesem Zeitraum wurden Waren im Wert von 818 Millionen US-Dollar nach Polen exportiert, während sich die Exporte nach Russland auf 759 Millionen US-Dollar beliefen. Seit der Unabhängigkeit 1991 war stets Russland der wichtigste Exportmarkt für die Ukraine. Das jüngst von Russland angekündigte Handelsembargo könnte die Exporte nach Russland um weitere 250 Millionen US-Dollar verringern. Die Gesamtexporte im ersten Quartal stiegen im Vergleich zur Vorjahresperiode um 7 Prozent auf 12,3 Milliarden US-Dollar.
01.05.2019	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Dekret, das weiteren ukrainischen Staatsbürgern ermöglicht, die russische Staatsbürgerschaft per vereinfachtem Eilantrag zu erhalten. Dazu zählen Ukrainer, die vor 2014 auf der Krim gelebt haben sowie Ukrainer, die eine aktuelle Aufenthaltserlaubnis in Russland besitzen. Zuvor hatte Putin ins Gespräch gebracht, allen Ukrainern russische Pässe anzubieten.
04.05.2019	Im Zentrum von Tscherkassy wird der bekannte Lokaljournalist Wadym Komarow brutal zusammengeschlagen und befindet sich im Koma. Die Polizei ermittelt wegen Mordversuchs gegen unbekannt. Komarow brachte regelmäßig Korruptionsfälle in der Stadtverwaltung, in der Justiz und im Bauwesen ans Licht. Bereits 2016 gab es einen Mordversuch gegen ihn, doch der Attentäter schoss damals daneben. Nationale und internationale Journalistenverbände sowie der OSZE-Beauftragte für Pressefreiheit fordern die Aufklärung des Angriffs.
06.05.2019	Petro Poroschenko ernannt Generalleutnant Oleksandr Syrskyj zum neuen Leiter der militärischen Operation im Donbas. Der Wechsel an der Spitze des Militäreinsatzes im Donbas ist Teil einer routinemäßigen Rotation der Kommandostrukturen.
07.05.2019	In Kiew trifft Wolodymyr Selenskyj den EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Johannes Hahn. Hahn sichert Selenskyj die Unterstützung der EU für weitere Reformen zu und fordert, dass der Reformprozess auch im Wahljahr fortschreiten müsse.
07.05.2019	Präsident Petro Poroschenko ernannt 75 neue Richter für das neue Oberste Gericht, die zuvor von der Obersten Qualifikationskommission und dem Obersten Richterrat ausgewählt wurden. Unter den 75 neu ernannten Richtern sind 15, gegen die der Gesellschaftliche Integritätsrat ein Veto eingelegt hatte, das jedoch von den beiden Gremien missachtet wurde.
07.05.2019	Die 37-jährige Richterin Olena Tanasewytsch wird zur Vorsitzenden des neuen Obersten Antikorruptionsgerichts gewählt und übernimmt den Vorsitz des Gerichts für die nächsten drei Jahre. Tanasewytsch hatte im Auswahlprozess die besten Ergebnisse erzielt. Sie konnte sich jedoch erst im zweiten Wahlgang mit 23:10 Stimmen durchsetzen. Tanasewytsch kündigte an, dass das Oberste Antikorruptionsgericht Anfang September seine Arbeit aufnehmen werde.
08.05.2019	Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) senkt ihre Wachstumsprognose für die Ukraine für 2019 von 3 auf 2,5 Prozent. Als Grund für die abschwächende Konjunktur nennt die EBRD die Verlangsamung des Wachstums der wichtigsten Handelspartner der Ukraine sowie innenpolitische Risiken aufgrund der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2019.
09.05.2019	Das lettische Parlament, die Saeima, verabschiedet als erstes Parlament weltweit eine Erklärung, in der die sowjetische Deportation der Krimtataren im Zweiten Weltkrieg als Völkermord anerkannt wird.
10.05.2019	Das Justizministerium der Ukraine beschlagnahmt mehr als 3 Millionen US-Dollar von zwei in Zypern registrierten Unternehmen, die dem ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch zugerechnet werden. Janukowytsch, der nach den Euromaidan-Protesten 2014 nach Russland floh, soll mit seinen Verbündeten rund 40 Milliarden US-Dollar aus dem ukrainischen Staatshaushalt gestohlen haben. Bisher konnte nur ein geringer Teil des Geldes zurückgeführt werden.

10.05.2019	In Kiew finden mehrere Aktionen statt, um an die Verhaftung des ukrainischen Filmregisseurs Oleh Sensow vor fünf Jahren zu erinnern. Sensow wurde am 10. Mai 2014 auf der Krim festgenommen, nach Russland gebracht und dort zu einer Haftstrafe von 20 Jahren in einem russischen Straflager verurteilt. Menschenrechtsorganisation sehen den Prozess gegen Sensow als politisch motiviert.
11.05.2019	Die EU-Mission in der Ukraine gibt bekannt, dass seit dem Inkrafttreten des visafreien Reisens in die EU vor zwei Jahren am 11. Mai 2017 mehr als zwei Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer ohne Visum in die EU gereist seien.
12.05.2019	Das Auto des Chefredakteurs des Fernsehsenders TVi, Wolodymyr Jehorow, wird am frühen Morgen in Kiew angezündet. Der Journalist geht davon aus, dass der Brandanschlag in Zusammenhang mit seiner Arbeit steht.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Katharina Hinz (verantwortlich)
Chronik: Dr. Eduard Klein
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2019 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Google Play, das Google Play-Logo und Android sind Marken von Google Inc. TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen. Der Android-Roboter wird auf der Grundlage von einem Werk wiedergegeben oder modifiziert, das von Google erstellt und geteilt und gemäß den Bedingungen der Creative Commons 3.0 Attribution-Lizenz verwendet wird.